

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2020-2021

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2020 bis August 2021
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2020
- Vorschau auf 2022

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 14.10.2021

Bestellnr.: 21-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat oder Germanwatch.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/20898

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick	4
B	Die Basis unserer Arbeit	8
C	Unsere Arbeit.....	13
	Unternehmensverantwortung.....	14
	Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen in Deutschland und europaweit verbindlich festschreiben.....	14
	Branchenspezifische Sorgfaltsmaßnahmen im Dialog mit der Automobilindustrie entwickeln	15
	Umweltbezogene Sorgfaltspflichten aus Sicht von Betroffenen formulieren und Debatten voranbringen	16
	Rohstoffwende vor dem Hintergrund der Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und Energiewende umsetzen	16
	Ausblick	17
	Deutsche und Europäische Klimapolitik	19
	Befreite Freiheit: Historischer Erfolg für die von Germanwatch unterstützte Klima-Verfassungsbeschwerde	19
	Von Germanwatch mit aufgebaute Europäische Energiewende- und Klimapartnerschaften gestalten Transformation	21
	Klimaschutz umsetzen: Germanwatch verfolgt vielfältige Maßnahmen, um vom Reden ins Handeln zu kommen.....	23
	Ausblick	25
	Internationale Klimapolitik	28
	Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation zu 1,5°C und Treibhausgasneutralität unterstützen	29
	Voraussetzungen für transformative Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichen schaffen und Maßnahmen geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert voranbringen	30
	Mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs kompatible Finanzflüsse schaffen.....	32
	Die Quantität, Qualität und Zugänglichkeit der internationalen Klimafinanzierung verbessern, um den dringenden Bedarf der Verletzlichen zu decken und Maßnahmen zum Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen.....	33
	Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-)Partnerschaften initiieren, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen	34
	Ausblick	36
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	39
	Die Transformation durch Begleitung, Beratung und Austausch national und international voranbringen	39
	Mit Bildung und transformativem Engagement gesellschaftliche Strukturen verändern.....	40
	Mit Anregungen helfen, den persönlichen Handabdruck für eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft zu vergrößern	41
	Bildung für Nachhaltige Entwicklung national weiterentwickeln und strukturell verankern	41
	Ausblick	42
	Welternährung, Landnutzung und Handel	44
	Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten	44
	Grundlegende Reform der Tierhaltung	45
	Globale Märkte stärker regulieren	46
	Ausblick	47
	Pressearbeit	49
	Öffentlichkeitsarbeit	51
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	56
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2020.....	59

A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick

Die dramatische Zuspitzung der Krisen unserer Lebensgrundlagen (Klima, Biodiversität, Rohstoffe) und die weiter wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in den meisten Gesellschaften lassen ein „Weiter so“ zu einer Sackgasse oder gar zu einer sich selbst beschleunigenden Abwärts-spirale werden.

Die Ergebnisse des ersten Teils des sechsten IPCC-Berichts, der inmitten einer Saison massiver Wetterextreme und Waldbrände veröffentlicht wurde, zeigen deutlich, dass die Klimakrise außer Kontrolle geraten könnte. Sechs der großen Kipp-Punkte des Klimageschehens haben sich aus der stabilen Lage herausbewegt und könnten sich auf Schwellen der Irreversibilität zubewegen, die für ganze Kontinente die Lebensbedingungen massiv verändern würde.

Auch in Deutschland prägen die direkten Auswirkungen der Klimakrise immer stärker das Leben vieler Menschen. Sei es durch Hitze- und Dürrewellen, wie 2019 und 2020; oder durch massive Flutkatastrophen in diesem Jahr. Im Anthropozän fordern uns immer existenzieller menschengemachte oder durch den Menschen verschärfte Wetterkatastrophen heraus – sie nehmen an Zahl und Heftigkeit zu.

Wir haben eine beispiellose Welle der sozialen Mobilisierung gesehen, getrieben vor allem von den jüngeren Generationen, allen voran Frauen. Wie viel hoffungsloser ständen wir ohne diesen Druck, diese Impulse da?

Die Zivilgesellschaft ist in Deutschland, der EU und international ein großer Treiber für die notwendige Transformation. Ohne den langen Atem von Akteuren wie Germanwatch, aber auch gerade die Demonstrationen und Proteste der letzten Jahre (z. B. Fridays4Future, BlackLivesMatter usw.) hätte es viele Ansätze des notwendigen Wandels nicht gegeben. Ein Dank an alle Mitstreiter:innen!

Ambitionierte Ziele brauchen gute Umsetzungsstrategien

Auf EU-Seite bildet der European Green Deal den ersten Fixpunkt einer Umsetzungsstrategie, um die EU für eine angemessene Reaktion auf die großen Herausforderungen nach innen und außen handlungsfähig zu machen.

Deutschland und die EU können eine wichtige konstruktive Triebkraft auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag im Sinne eines gerecht gestalteten Strukturwandels und insgesamt einer „just transition“ sein. Dies gelingt jedoch nur, wenn sie sich entschieden auf den Weg machen, ein Wohlstandsmodell zu entwickeln, das den Schutz der Lebensgrundlagen und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellt und nicht weiter systematisch Menschenrechte – gerade auch in den ärmeren Teilen der Welt – untergräbt.

Doch nicht das Verkünden von Zielen, sondern deren Umsetzung ist die Messlatte für den Erfolg dieser Strategie. Das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene „Fit for 55“-Paket, die Sustainable-Finance-Strategie der Bundesregierung, die innerhalb der EU solidarische Recovery-Strategie „NextGeneration“ nach Corona, das neue Lieferkettengesetz und das Klimaschutzgesetz in Deutschland müssen in weiten Teilen als grundlegende Tests für die Ernsthaftigkeit des Umsetzungswillens noch umgesetzt und zu Teilen auch nachgebessert werden.

Für anderes, die Reform der Landwirtschaftspolitik, eine Neukonzeptionierung der Handelspolitik oder eine globale „Just Recovery“-Strategie etwa, liegen noch nicht einmal die offiziellen Strategien vor.

Die deutsche Bundesregierung spielt eine sehr wichtige Rolle im Europäischen Rat bei Entscheidungen auf EU-Ebene – und damit auch dabei, wie stringent die beschlossenen Ziele umgesetzt und wissenschaftsbasiert nachjustiert werden.

Eine handlungsfähige EU wird auch international gebraucht. Weltweit ist durch die Corona-Krise die Kluft zwischen Arm und Reich fast überall noch größer geworden. Viele ärmere Länder haben nicht die Möglichkeit, die Transformation aktiv zu steuern oder gar ambitionierte Recovery-Pakete in der notwendigen Größenordnung aufzulegen. Es geht um eine viel ernsthaftere grüne Diplomatie und Zusammenarbeit und die Bereitschaft, durch stark wachsende internationale Klimafinanzierung den ärmeren Teil der Menschheit beim für unsere gemeinsame Zukunft existenziellen Klimaschutz und bei der Klimaanpassung sowie der Bewältigung der Schäden zu unterstützen.

Zugleich steigt der Unmut auf die Länder des Globalen Nordens, da sie bislang nur in sehr geringem Maße Zugang zu Impfstoffen gegen Corona ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird auch von „Impf-Apartheid“ gesprochen. Die WTO-Verhandlungen auf Ministerebene sind ein Schlüsselforum, um hier im Bereich Patentschutz deutliche Fortschritte zu erzielen.

Es wird auch immer deutlicher, wie grob unangemessen die Unterstützung der relativ reichen Hauptverursacher der Klimakrise für die ärmere Hälfte der Welt ist, die von ebendieser immer existenzieller betroffen ist. Neben dem Klimaschutz rücken immer stärker die Fragen ins Zentrum: Wie sehen Absicherungsmechanismen vor klimabedingten Schäden und Verlusten in der richtigen Größenordnung aus? Wer bringt sie auf den Weg?

Dass ein Großteil der Gewinne in der Lieferkette, die vor allem in den reicheren Ländern verbleiben, bisher auch durch eine Übernutzung der ökologischen Lebensgrundlagen und eine Missachtung der Menschenrechte zustande kommt, muss Teil der Bestandsaufnahme sein.

Ist die EU fit for 55, ist Deutschland fit for 65?

Der European Green Deal bietet die Chance, die EU zur Treibhausgasneutralität, zum Schutz der Biodiversität und einer echten Kreislaufwirtschaft zu führen – und zugleich die soziale Gerechtigkeit in der EU und weltweit zu stärken.

Er eröffnet den Handlungsspielraum für die notwendige Transformation – und für eine wirkungsvolle EU, die nicht abseits von China und den USA am politischen Katzentisch sitzt, sondern mit vielen Partnern in der Welt Konzepte entwickelt, um kooperativ die immensen Herausforderungen zu lösen. In diesem Reformprojekt stecken auch Chancen, das demokratische Defizit in der EU anzugehen.

Der European Green Deal kann Ausgangspunkt sein für ein neues Europäisches Versprechen, ein neues Projekt. Um einen Teil des Versprechens umzusetzen, wurde klimapolitisch zunächst das EU-Klimaziels (NDC, Nationally Determined Contribution) erhöht – auf mindestens 55% Treibhausgasreduktion bis 2030 gegenüber 1990. Für Deutschland ergibt sich daraus – wegen überdurchschnittlicher Emissionen und Reichtum – ein 65%-Ziel bis 2030, das im neuen Klimaschutzgesetz verankert wurde.

Für die Umsetzung der vorgelegten Ziele hat die EU-Kommission nun das „Fit for 55“-Gesetzespaket vorgelegt, das hoffentlich bis Ende 2022 beschlossen wird. Wichtige Ergänzungen sind etwa das nun verhandelte neue EU-Lieferkettengesetz, die grundlegende Reform der Landwirtschaft, die klima- und menschenrechtsunterstützende Reform der Handels- und Finanzabkommen. Die notwendige Umsetzung der Beschlüsse der Zukunftskommission Landwirtschaft, ein Nein zum EU-Mercosur-Handelsabkommen, solange der Schutz des Klimas, des Regenwalds und der Menschenrechte nicht Zähne hat, und das Ringen um eine wirkungsvolle Taxonomie¹ weisen in diese Richtung.

¹ Mit ihrer Klima-Taxonomie entwickelt die EU Kriterien für klimaverträgliche Wirtschaftsaktivitäten, um Investitionen in entsprechende Projekte zu lenken.

Dennoch: die bisherigen Ziele und Umsetzungsvorschläge werden einem fairen Beitrag der EU und Deutschlands zum 1,5°C-Limit noch nicht gerecht. Das deutsche Klimaschutzgesetz ist auch noch nicht voll mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom Frühjahr vereinbar. Sie müssen in Zukunft weiter nachgebessert und durch Paris-Partnerschaften mit ärmeren Ländern ergänzt werden, die diesen erlauben, sehr schnell auf 100% Erneuerbare Energien mit bezahlbarem Zugang zu Energie umzusteigen und die Schäden der Klimakrise einzudämmen.

Von der Pandemie zu einem neuen Gesellschaftsvertrag?

Die Corona-Krise hat wie im Brennglas die Kluft zwischen Arm und Reich, die sehr verschiedene Resistenz sowie die sehr unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen offengelegt, innerhalb der EU-Staaten und zwischen ihnen, zwischen der EU und anderen Staaten und den dort lebenden Menschen.

Die Notwendigkeit unsere Lebensgrundlagen zu schützen, kann in allen Generationen und demokratischen politischen Lagern Resonanz finden. Aber es ist auch immer offensichtlicher: Wenn es nicht gelingt, gleichzeitig das Bedürfnis nach mehr sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen, wird diese Transformation nicht gelingen.

Die zentrale Frage eines neuen Gesellschaftsvertrags lautet: Wie legen wir die Grundlagen für lebenswerte Formen des Wohlstands im Globalen Norden und Süden mit dem notwendigen Respekt für unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen und für die Umsetzung des gesamten Pakets der Menschenrechte? Daran knüpft sich die Frage an: Wie werden die Kosten der diversen Krisen und wie die Kosten und Chancen der Transformation in Deutschland, in der EU und international gerecht verteilt? Diese neue soziale Frage taucht auf, während auch die klassischen sozialen Fragen ihr Gewicht behalten; ja sogar die Grundlagen der bisherigen Gesellschaftsverträge – die zu einem großen Teil in gesteigertem Verbrauch materieller Güter, langfristiger Beschäftigung, einem stabilen Rentensystem bestehen – zu einem nicht unerheblichen Teil aus verschiedenen Gründen erodieren.

Und dem Globalen Süden wurde bislang nie ein fairer Gesellschaftsvertrag angeboten. Ohne diesen werden aber die globalen Herausforderungen nicht gemeistert werden können. Wie eine entsprechende Zusammenarbeit gerade auch mit Afrika organisiert werden kann, wird zu einer Schicksalsfrage für die EU. Berücksichtigt werden muss dabei auch, dass viele Länder des Globalen Südens selber national bei der Transformation mitmachen und dem Schutz der Menschenrechte und der ökologischen Rahmenbedingungen als Teil ihrer Entwicklungsstrategie Priorität geben müssen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit. Das Design des Handels- und Finanzsystems muss grundlegend überprüft und neu gestaltet werden.

Die Bundestagswahl als Wendepunkt?

Im Kontext dieser Herausforderungen hat kürzlich die Bundestagswahl in Deutschland stattgefunden. Deutliches Ergebnis ist: Die Antwort auf die Herausforderung der Klimakrise wird – angesichts der wissenschaftlichen Aussagen, der Wetterkatastrophen vor Ort, des gesellschaftlichen Drucks, des bahnbrechenden Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts, eines Klimaschutzgesetzes, das zu jährlichen Nachbesserungen zwingt usw. – ein, wenn nicht der entscheidende Lackmустest für den Erfolg der nächsten Regierung sein, um deren Zusammensetzung und Mandat gerungen wird, während wir diesen Bericht schreiben.

Aber neben der Klimakrise war für die Wähler:innen – wie die Wahlumfragen zeigen – die Frage der sozialen Gerechtigkeit das andere zentrale Thema. Alle großen demokratischen Traditionen können aus ihren Kernüberzeugungen ihre je eigenen Narrative so weiterentwickeln, dass diese sie zu dem immensen gesellschaftspolitischen Kraftakt motivieren, ohne den diese beiden Herausforderungen nicht zu bewältigen sind.

Das ist eine gute Ausgangslage, um eine ökologische und soziale Transformation auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag ins Zentrum der Arbeit einer neuen Regierung zu stellen.

Allerdings sollten wir uns über die Zielkonflikte und Hürden auf diesem Weg keine Illusionen machen. Nur mit einem unbeugsam starken politischen Willen und langem Atem (sowie einer starken Unterstützung durch die Zivilgesellschaft) wird es möglich sein, die Transformation mit der notwendigen Ernsthaftigkeit gegen Partikularinteressen durchzusetzen und die unterschiedlichen ordnungspolitischen Konzepte im Sinne eines sich dynamisierenden Instrumentenmixes zusammenzufügen, statt sich im ständigen Kampf um faule Kompromisse zu erschöpfen.

Unser Beitrag

Das Germanwatch-Team hat im vergangenen Jahr Außergewöhnliches geleistet, und auf dem Weg einer „just transition“ hin zu einem neuen Gesellschaftsvertrag einen signifikanten Einfluss gehabt (oder Unterschied gemacht).

So haben wir gemeinsam mit Greenpeace und Protect the Planet eine sehr gut begründete Verfassungsbeschwerde mit der Anwältin Roda Verheyen auf den Weg gebracht, die maßgeblich zu dem wegweisenden Klimabeschluss des Verfassungsgerichtes im Frühjahr 2021 beigetragen hat. Von Germanwatch wurden die Aktivitäten der deutschen Zivilgesellschaft für ein deutsches Lieferkettengesetz koordiniert, ohne die es dieses Gesetz wohl nicht gegeben hätte.

Zur im Sommer gegebenen – allerdings noch nicht ausreichenden – Zusage Deutschlands, die internationale Klimafinanzierung um 50% zu erhöhen, haben sehr fokussierte Gespräche mit der Kanzlerin, im Bundesministerium der Finanzen, im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Bundesumweltministerium deutlich beigetragen.

Wir haben in Deutschland und der EU auch erfolgreich darauf hingewirkt, den Beitrag der industriellen Massentierhaltung zur Zunahme der Antibiotikaresistenz endlich höher auf die politische Agenda zu setzen. Unser Bildungskonzept mit Hand und Fuß, nicht nur den ökologischen (und sozialen) Fußabdruck zu verkleinern, sondern vor allem den Handabdruck des gesellschaftlichen und politischen Engagements zu vergrößern, zieht in Deutschland und auch international immer weitere Kreise.

Soweit einige Highlights, denen wir in den nächsten Monaten weitere hinzufügen wollen. Wir laden Sie ein, sich hierzu und zu vielen weiteren Erfolgen und Stationen unserer Arbeit seit dem Herbst 2020 im vorliegenden Bericht eingehender zu informieren und von der engagierten Arbeit unserer Teams in einem wirklich herausfordernden Arbeitsumfeld zu überzeugen. Wir bedanken uns daher aus ganzem Herzen bei unserer Mitarbeiterschaft und hoffen, dass auch Sie stolz auf die Ergebnisse der durch ihre Mitgliedschaft, ihre Spenden oder anderweitige Unterstützung erreichten Erfolge sind.

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung und Rollen übernehmen. Gemeinsam mit Mitgliedern und Förderer:innen sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten erneut wichtige Akzente setzen, auf die wir im Abschnitt C ausführlich eingehen.

Unsere Mitglieder und Spender:innen

Zu Germanwatch gehören aktuell 838 Mitglieder, darunter 411 stimmberechtigte Mitglieder, 418 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 22.07.2021).

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
535	560	575	603	600	632	644	675	709	779	824	838

Tabelle B.1: Mitgliederentwicklung seit 2010.

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: finanziell mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen oder durch aktive Mitarbeit in der ein oder anderen Form. Das nicht projektgebundene Geld der Mitglieder und Spender:innen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen haben auch 2020 wieder – in absoluten Zahlen gerechnet – einen neuen Höchststand erreicht. Wir wissen die deutliche Steigerung sowohl bei freien Spenden als auch bei den Mitgliedsbeiträgen in solch herausfordernden Zeiten hoch zu schätzen. Bei allen Unterstützer:innen bedanken wir uns herzlich!

Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

Vorstand und Ehrenvorsitzender

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftretts liegt vor allem in den Händen der Mitarbeiter:innen der beiden Büros in Bonn und Berlin, der Geschäftsführung sowie des ehrenamtlichen Vorstands.

Der Vorstand tagt im Abstand von ein bis zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Seine Mitglieder ebenso wie der Ehrenvorsitzende nehmen dabei auch hochrangige Advocacy- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Während Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen

Germanwatch konnte seine Aktivitäten in den letzten Jahren erfreulicherweise deutlich ausweiten, nicht zuletzt, weil die bearbeiteten Themen in der öffentlichen Diskussion zunehmenden Raum erhielten – wozu wiederum die Impulse von Germanwatch einen wichtigen Beitrag geleistet hatten. Durch die damit verknüpfte, erfolgreiche Akquise von zusätzlichen Projektmitteln und wachsenden Einnahmen durch Spenden und Mitgliedsbeiträge konnte die Anzahl der Mitarbeiter:innen auf über 80 gesteigert werden.

Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier, tatkräftig und wirkungsvoll unterstützt von Katharina Hierl sowie von Sandra Ulsperger, die dem Vorstand als Assistenz zur Seite steht, im Bereich der Projektakquise und -kommunikation von Dr. Katrin Planta

und Susanne Laudahn sowie durch unseren Pressesprecher Stefan Küper und unsere Pressereferentin Katarina Heidrich – wichtige Garant:innen für unseren Erfolg.

Die Politische Leitung unserer Aktivitäten am Standort Berlin wird von Lutz Weischer wahrgenommen – dies beinhaltet auch das Wahrnehmen vieler damit verknüpfter, hochrangiger Außenvertretungskontakte. Zu seinen thematischen Schwerpunkten zählen die EU-/China- und Südosteuropa-Klimastrategie sowie die wirkungsvolle Umsetzung des European Green Deal. Darüber hinaus ist das Weiterentwickeln der politischen Germanwatch-Gesamtstrategie in Kooperation mit Geschäftsführung und Teamleiter:innen eine zentrale Aufgabe – insbesondere zu Querschnittsthemen, die mehrere Germanwatch-Teams betreffen.

Eine weitere wichtige Basis für unsere Arbeitsfähigkeit bildet das Team IT & Infrastruktur: Es stellt die – gerade im Zeitalter der Digitalisierung und nochmals verstärkt in der Corona-Pandemie wichtiger gewordenen – Lösungen für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für die Büroinfrastruktur zur Verfügung. Es arbeitet an deren Weiterentwicklung, leistet Support und erarbeitet Lösungen für die speziellen technischen Erfordernisse einzelner Projektmaßnahmen.

Zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch leisten außerdem ehrenamtliche Mitarbeiter:innen, Praktikant:innen, Honorarkräfte sowie Teilnehmer:innen an Freiwilligen-Programmen einen regelmäßigen und wichtigen Beitrag.

Die erfolgreiche Arbeit eines solchen Teams erfordert selbstverständlich eine professionelle Personalverwaltung. Diese wird – einschließlich der mit Stellenschaffungen und -wechseln verbundenen Stellenbesetzungsprozesse – vom Team Finanzen & Verwaltung geleistet (Übersicht der Mitarbeiter:innen dieses Teams sowie von IT & Infrastruktur siehe Seite 12).

Der besondere Dank und vor allem außerordentliche Respekt des Vorstands gilt der Geschäftsführung, den Teamleiter:innen und unseren Mitarbeiter:innen sowie allen Personen und Institutionen, die die Arbeit von Germanwatch weiterhin und teilweise verstärkt unterstützen.

Ausgewählte Resultate der Tätigkeit des Germanwatch-Teams – von der fachlichen Arbeit über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Finanzen – werden ebenso wie die dahinterstehenden Mitarbeiter:innen in den folgenden Kapiteln dargestellt.

Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen



Im September 2021 kamen Germanwatchler:innen in Berlin und Bonn zusammen, um für konsequenten Klimaschutz zu demonstrieren. Auch eine Gelegenheit, gemeinsam auf die vergangenen Monate zu blicken – mit Strahlkraft für die kommenden Jahre.

Germanwatch-Vorstand



Silvie Kreibiehl
Vorstandsvorsitzende



Ingmar Jürgens
Stellvertretender
Vorstandsvorsitzender



Michael Windfuhr
Schatzmeister



Sven Harmeling
Vorstandsmitglied



Anne-Kathrin Kirchhof
Vorstandsmitglied



Prof. Dr. Stefanie Lorenzen
Vorstandsmitglied



Prof. Dr. Reinhard Loske
Vorstandsmitglied



Dr. Karl-Eugen Huthmacher
Vorstandsmitglied



Fiona Marker
Vorstandsmitglied



Dr. Klemens van de Sand
Vorstandsmitglied

Ehrenvorsitzender



Klaus Milke
Ehrenvorsitzender

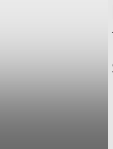

Geschäftsführung und Stabsstellen

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer		Lutz Weischer Politische Leitung Berlin (seit 03/2020, vorher Team IKP)
	Katarina Heidrich Pressereferentin (seit 07/21)		Katharina Hierl Referentin der Politischen Geschäftsführung		Stefan Küper Pressesprecher
	Susanne Laudahn Referentin Projektak- quise und -kommunikation (seit 09/2020)		Dr. Katrin Planta Referentin Projektak- quise und -kommunikation (bis 07/2020)		Sandra Ulsperger Assistentin Vorstand und Geschäftsführung (seit 04/21)

Unentgeltlich tätige Mitarbeiter


	Dr. Ludger Reuke Referent für Entwicklungspolitik		Dr. Will Frank Berater für Klimarecht
--	--	--	---

IT und Infrastruktur

	Karsten von Berg Teamleiter IT und Infra- struktur		Alexander Festl Fachkraft für IT und Infra- struktur
---	---	---	---

Team Finanzen und Verwaltung

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

	Carolin Becher Finanzreferentin		Heike Blankenstein Projektfinanz- controllerin		Lisa Claus Finanzreferentin
	Ljiljana Djuric Sekretariat und Projektassistenz		Marie Fiedler Projektfinanz- controllerin		Dr. Anja Gebel Projektfinanz- controllerin (bis 02/2021, dann Team IKP)
	Klara Gölling Projektfinanz- controllerin (bis 06/2021)		Anne-Maria Illés Projektfinanz- controllerin (seit 04/2021)		Julia Keller Personalsachbear- beiterin und Projektassis- tentin (seit 06/2021)
	Ulrike Koll Referentin Personal und Finanzen		Judit Mays Personalreferentin		Brigitte Rolfes Projektfinanz- controllerin (seit 05/2021)



Andrea Taubert
Sekretariat und
Projektassistenz

Heike Zbick
Finanzreferentin

Mit Unterstützung von Karsten von Berg und Alexander Festl.

Mit Unterstützung von Gertrud Vierthaler sowie von unseren Freiwilligen (Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben, Freiwilliges Ökologisches Jahr): Violeta Helling, Marvin Müller, Emma Opfer, Jonas Pütz, Luise Fock, Emma Busch, Fiona Marker, Konstantin Pfaff, Björk Lucas, Cora Zschiesche, Sophie Jahns, Luisa Hübschen, Vanessa Lippert.

C Unsere Arbeit

Germanwatch setzt Akzente für ein Deutschland und eine EU, denen es gelingt, demokratisch den Rahmen für ein Wohlstandsmodell zu etablieren, das nicht länger die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschenrechte der heutigen und künftigen Generationen hier und anderswo untergräbt, und die sich für mehr globale Gerechtigkeit einsetzen.

Wir orientieren unsere Suche nach konkreten Lösungen dabei an drei Zielen, die wir politisch umsetzen wollen:

Erstens: Der **Schutz der Lebensgrundlagen** muss angesichts der aktuellen Krisen einen neuen Stellenwert erhalten. Nur so kann es gelingen, den Freiheitsraum auch für künftige Generationen zu bewahren. Harte Kriterien leiten sich dabei aus dem Schutz von Klima und Biodiversität sowie den Zielen einer Rohstoffwende in einer echten Kreislaufwirtschaft ab.

Zweitens: Die **Menschenrechte** müssen die Richtschnur für die politische Gestaltung des neuen Wohlstandsmodells sein. Zum einen dürfen die Regierungen Menschen nicht durch eigene Politikmaßnahmen von der Umsetzung einzelner Menschenrechte ausschließen („Achtung“). Zudem müssen sie Dritte kontrollieren, vor allem die Wirtschaft, um Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden („Schutz“). Schließlich müssen sie ein Maximum der verfügbaren Ressourcen einsetzen, um alle Menschenrechte möglichst weitgehend umzusetzen („Gewährleisten“) – und wo nötig dabei international unterstützt werden.

Drittens: Um **Gerechtigkeit** heute und für künftige Generationen sowohl national als auch international zu erreichen, gilt es, Prozesse, die Menschen ausschließen, konsequent abzubauen und die schwächsten und verwundbarsten Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. So geht es in der Klimadebatte um eine gute Balance zwischen dem Fokus darauf, die Kerntreiber der Emissionen zu transformieren („Das Unbewältigbare möglichst vermeiden“), und Kooperation mit den sowie Unterstützung der Leidtragenden („Das Unvermeidbare dennoch bewältigen“). Die Regierungen dürfen niemanden im Stich lassen („Leave no-one behind“).

Hinsehen, Analysieren, Einmischen: Die sozial-ökologische Transformation erfordert eine weise, vorausschauende und holistische Analyse, um Auswirkungen gerade auch auf die Verletzlichsten im Blick zu halten. Mit den fünf politischen Teams deckt Germanwatch zentrale kritische Themen ab und kann wie kaum eine andere NGO vernetzt denken und Narrative entwickeln. Insbesondere in der Post-Covid19-Welt kommen auch auf uns immer neue Themen hinzu, in die wir uns konsequent einarbeiten und eindenken.

Insbesondere in der deutschen Klimaschutzdebatte und der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden in Deutschland (und der Industrie) sind wir geduldiger und stetiger Anwalt der internationalen Perspektive.

Unsere Teams haben in den letzten zwölf Monaten wichtige Meilensteine auf dem Weg zum Erreichen dieser Ziele vorangebracht.

Unternehmensverantwortung

Der Schwerpunkt des Teams Unternehmensverantwortung lag im vergangenen Jahr auf der Arbeit zum Lieferkettengesetz. Wenn es auch Nachbesserungsbedarf gibt, so schafft doch das Lieferkettengesetz einen Paradigmenwechsel in Deutschland: Unternehmen müssen Menschenrechte bei ihren globalen Geschäften achten. Mit einer der wichtigsten deutschen Branchen, der Automobilindustrie, erarbeiteten wir derweil im Rahmen eines Branchendialogs bereits konkrete Schritte, wie menschenrechtliche Sorgfaltspflichten ausgestaltet werden sollten. Eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten sind im deutschen Lieferkettengesetz nur ansatzweise verankert worden. Umso wichtiger war es, dass wir anhand von Fallbeispielen aus Lateinamerika und mit Politikpapieren die Bedeutung umweltbezogener Sorgfaltspflichten herausstellen konnten. Auch die Debatte zu einer Rohstoffwende trieben wir im vergangenen Jahr voran und zeigten auf, dass wir für die absolute Reduktion des metallischen Rohstoffverbrauchs eine konsequente Kreislaufwirtschaft, die weit mehr als Recycling bedeutet, unter anderem mit einem Recht auf Reparatur, brauchen.

Unternehmen benötigen eine intelligente und wirksame Rahmensetzung, damit sie langfristig im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele und unter Achtung der Menschenrechte wirtschaften können. Allein freiwillig werden zu wenige Unternehmen entsprechend aktiv. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, wie sich im Sommer 2021 mit der Verabschiedung des Lieferkettengesetzes zeigte. Im Team Unternehmensverantwortung setzen wir uns schon seit langem für Regelungen ein, die Unternehmen dazu verpflichten, bei ihrer globalen Geschäftstätigkeit die Menschenrechte zu achten und die ökologischen Grenzen des Planeten nicht zu überschreiten.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen in Deutschland und europaweit verbindlich festschreiben

Deutsches Lieferkettengesetz schafft Paradigmenwechsel: Unternehmen müssen Menschenrechte bei globalen Geschäften achten. Trotz Nachbesserungsbedarf ein Erfolg des breiten, von Germanwatch koordinierten zivilgesellschaftlichen Bündnisses Initiative Lieferkettengesetz und Impuls für ein noch ambitionierteres EU-Gesetz.

Am 11. Juni 2021 verabschiedete der Bundestag das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Erstmalig nimmt damit ein deutsches Gesetz Unternehmen in die Pflicht, Verantwortung für die Menschen in ihren Lieferketten zu übernehmen. Das Gesetz leitet einen Paradigmenwechsel in Deutschland ein: weg von rein freiwilliger Unternehmensverantwortung hin zu auch verbindlichen menschenrechtlichen und einigen wenigen umweltbezogenen Vorgaben.

Mehr als zwei Jahre lang setzte sich Germanwatch koordinierend mit über 125 Organisationen in der Initiative Lieferkettengesetz gegen Gewinne ohne Gewissen und für ein solches Lieferkettengesetz ein. Erfolgreich war dabei die strategisch abgestimmte Mischung aus kreativer Kampagnenarbeit auf der Straße und im Netz sowie der gezielten Überzeugungsarbeit in Ministerien, Bundestag und auf Wahlkreisebene. Neben zahlreichen Gesprächen und Schreiben an politische Entscheidungsträger:innen beauftragte Germanwatch beispielsweise eine repräsentative Umfrage durch infratest dimap. Das Umfrageergebnis spiegelte den enormen Rückhalt aus der Bevölkerung wider: 75 % der Befragten sprachen sich für gesetzlich geregelte Sorgfaltspflichten aus – über alle Parteigrenzen hinweg.² Aufgrund der Corona-Pandemie gewannen zudem Onlineformate an Bedeutung: Germanwatch organisierte gemeinsam mit anderen Organisationen mehr als zehn gut besuchte Web-Seminare zu zentralen Themen der Initiative Lieferkettengesetz. Die Mitschnitte der Seminare sind weiterhin auf Youtube verfügbar.³ Der Einsatz war erfolgreich: Im

² <https://germanwatch.org/de/19193>.

³ https://www.youtube.com/watch?v=c9kB0asj6el&list=PLuYI-Ouoamb0cTcj_mu1dq5K4-9mT_hMu.

Bündnis zeigten wir die breite gesellschaftliche Unterstützung auf, so dass Abgeordnete von SPD, CDU/CSU sowie Bündnis 90/Die Grünen trotz massiver Gegenlobby der organisierten Wirtschaft für das Lieferkettengesetz stimmten.

Das Gesetz ist ein Erfolg der Zivilgesellschaft und zeigt: Gemeinsam können wir etwas verändern.⁴ Germanwatch war maßgeblich an der Initiierung der Initiative Lieferkettengesetz beteiligt und hat diese über die letzten Jahre strategisch mitgesteuert und koordiniert. Im Steuerungskreis und in den Arbeitsgruppen des Bündnisses haben wir uns intensiv eingebracht und das Kampagnenbüro der Initiative in unserem Berliner Büro beherbergt.

Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start

Das Gesetz ist ein hart erstrittener Kompromiss und an entscheidenden Stellen noch schwach. Unter dem Druck der Wirtschaftsverbände verwässerten das Bundeswirtschaftsministerium und Unionsabgeordnete das Gesetz: Es gilt für zu wenige Unternehmen und enthält bei den Sorgfaltspflichten zu viele Ausnahmen. Es schafft keinen eigenen Anspruch auf Schadenersatz für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen. Zudem werden Umweltverschmutzungen in Lieferketten nur vereinzelt erfasst, wie eine Analyse⁵ zu den Stärken und Schwächen des Gesetzes zeigt.

Ermutigend ist vor diesem Hintergrund ein parallel angelaufener Prozess auf EU-Ebene für ein europäisches Lieferkettengesetz. Im März verabschiedete das EU-Parlament bereits einen Initiativbericht zu einem Lieferkettengesetz, das über das deutsche Gesetz hinausreichen würde. Auch die europäischen Christdemokraten, die EVP, stimmten dafür. Germanwatch hatte sich im Vorfeld des Parlamentsbeschlusses gegenüber den deutschen EU-Parlamentariern für eine weitgehende Regelung eingesetzt. Zudem vertritt Germanwatch seit vielen Jahren die deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) des CorA-Netzwerkes im Vorstand des europäischen Dachverbandes European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) und entwickelt die zivilgesellschaftlichen Strategien auf EU-Ebene intensiv mit.

Branchenspezifische Sorgfaltsmaßnahmen im Dialog mit der Automobilindustrie entwickeln

Branchendialog Automobil erarbeitet konkrete Elemente menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für eine Schlüsselbranche der deutschen Wirtschaft. Germanwatch organisiert die strategische NRO-Abstimmung für diesen Dialog.

Die von der Bundesregierung organisierten Branchendialoge im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte haben zum Ziel, branchenspezifische Sorgfaltsmaßnahmen im gemeinsamen Austausch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zu erarbeiten. Seit Sommer 2019 koordiniert Germanwatch die NRO-Beiträge für diese Branchendialoge. Damit unterstützen wir deutsche NRO und Südpartner:innen darin, ihre Perspektiven in den Dialog einzuspeisen, und vermitteln dadurch Südpartner:innen auch ein Sprachrohr gegenüber der deutschen Automobilindustrie. Germanwatch beteiligt sich zudem als aktives Mitglied an der inhaltlichen Ausgestaltung von branchenweiten Sorgfaltsmaßnahmen insbesondere im Bereich Rohstoffe. Entsprechende Ansätze können in Ergänzung zu den individuellen Sorgfaltsmaßnahmen der Unternehmen eine große Hebelwirkung entfalten, denn das gemeinsame Auftreten der Branche vergrößert die Einflussmöglichkeiten der Automobilindustrie auf die Umsetzung von Menschenrechtsstandards entlang ihrer globalen Wertschöpfungsketten. Die Branchendialoge sind aus Sicht von Germanwatch daher auch eine sinnvolle Ergänzung zu den gesetzlichen Anforderungen an unternehmerische Sorgfaltspflichten.

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=7aR1hbD-P8g>.

⁵ https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2021/06/Initiative-Lieferkettengesetz_Analyse_Was-das-neue-Gesetz-liefert.pdf.

Umweltbezogene Sorgfaltspflichten aus Sicht von Betroffenen formulieren und Debatten voranbringen

Eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten sind notwendig für Prävention von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen. Die von Germanwatch dokumentierten Fallbeispiele aus Lateinamerika zeigen potenziellen Nutzen für Umwelt und Betroffene auf.

Die Debatte zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten hat sich bislang vornehmlich um menschenrechtliche Belange, erst seit kurzem auch um umweltbezogene Aspekte gedreht. Dabei kann die Vermeidung umweltbezogener Schäden nicht nur einen wertvollen Beitrag zum Erhalt von Biodiversität sowie zum Klima- und Naturschutz leisten und damit die planetaren Grenzen weniger strapazieren, sondern auch Menschenrechtsverletzungen vorbeugen. Germanwatch arbeitet daher im engen Austausch mit Südpartner:innen aus Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien an der Konkretisierung entsprechender Ansätze. Ein Fokus liegt dabei auf dem Nutzen dieser Ansätze und auf den notwendigen Anforderungen an umweltbezogene Sorgfaltspflichten aus der Perspektive der potenziell betroffenen Akteursgruppen. Auf deutscher und europäischer Ebene leistete Germanwatch im vergangenen Jahr durch die Veröffentlichung eines Diskussionspapiers⁶ und von Fallbeispielen⁷, durch die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft (AG) Umwelt der Initiative Lieferkettengesetz und mittels Gesprächen mit Abgeordneten wichtige Debattenbeiträge zur Weiterentwicklung und Konkretisierung umweltbezogener Sorgfaltspflichten.

Rohstoffwende vor dem Hintergrund der Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und Energiewende umsetzen

Deutschland braucht eine Rohstoffwende. Germanwatch zeigt dafür Hebel und wirksame Ansätze auf: Für die absolute Reduktion des metallischen Rohstoffverbrauchs ist eine konsequente Kreislaufwirtschaft, u.a. mit einem Recht auf Reparatur, nötig.

Der steigende Verbrauch metallischer Rohstoffe ist ein weitgehend blinder Fleck in politischen Nachhaltigkeitsdiskursen. Der Rohstoffabbau und die Weiterverarbeitung stehen jedoch vielerorts in Zusammenhang mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen und massiver Umweltzerstörung. Um innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben, müssen wir die Nutzung metallischer Rohstoffe langfristig auch absolut senken. Deshalb setzt sich Germanwatch gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, u.a. aus dem Arbeitskreis Rohstoffe, für eine Rohstoffwende ein.⁸ Eine Rohstoffwende verlangt eine strukturelle und tiefgreifende Transformation der rohstoffintensiven Sektoren.⁹ Dabei müssen die Belange der Klima- und Ressourcengerechtigkeit kohärent verzahnt werden, um den Rohstoffverbrauch in Deutschland und der EU absolut zu senken. Gemeinsam mit anderen NRO veranstaltete Germanwatch im vergangenen Herbst mehrere Austauschformate, u.a. mit Südpartner:innen¹⁰ aus Rohstoffabbaugebieten und Expert:innen der rohstoffintensiven Sektoren Bauen, Wohnen, Digitalisierung und Energie. Hierbei identifizierten wir sektorspezifische Hebel zur Umsetzung einer Rohstoffwende.¹¹ Darüber hinaus setzt sich Germanwatch gemeinsam mit den Akteuren des Runden Tisches Reparatur konkret dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen für Reparatur zu verbessern. Wir definieren Anforderungen für ein kreislauffähiges Design von Elektro- und Elektronikprodukten, im vergangenen Jahr u.a. im Rahmen der Überarbeitung des Elektronik-

⁶ <https://germanwatch.org/de/20089>.

⁷ <https://www.germanwatch.org/de/19845>; <https://www.germanwatch.org/de/19844>.

⁸ <https://www.germanwatch.org/de/19480>.

⁹ <https://www.germanwatch.org/de/20369>.

¹⁰ <https://germanwatch.org/de/19307>.

¹¹ <https://germanwatch.org/de/19412>.

und Elektrogerätegesetzes.¹² In diesem Sinne konnten wir etwa als Sachverständige unsere Anliegen im Bundestag einbringen und setzten uns damit für eine Digitalisierung im Sinne der Nachhaltigkeitsziele ein.

Ausblick

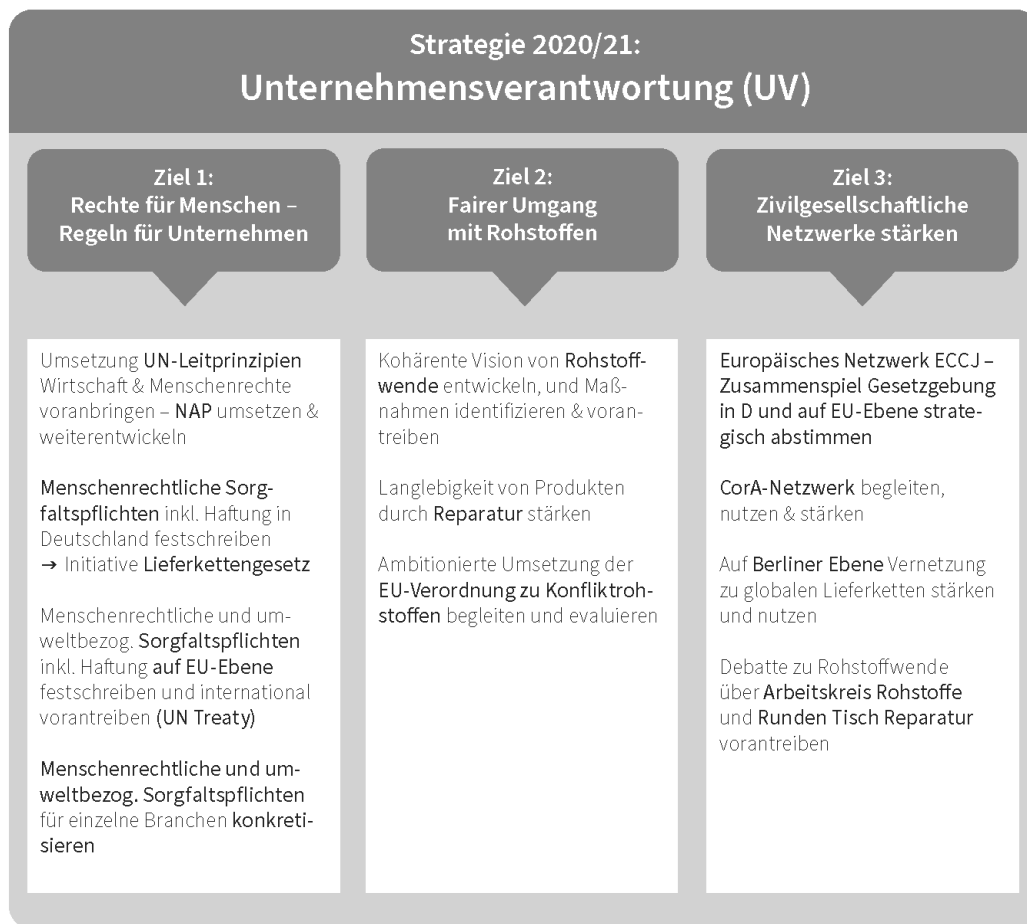
Im kommenden Jahr werden wir an die erfolgreiche Arbeit zum Lieferkettengesetz anknüpfen. In Deutschland wird es darum gehen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirksam umzusetzen. Diese Umsetzung werden wir u.a. im Rahmen unserer Mitarbeit in der AG Wirtschaft und Menschenrechte des Nationalen CSR-Forums (CSR = Corporate Social Responsibility) aktiv begleiten, in der wir mit Mandat des Forums Menschenrechte mitwirken. Gleichzeitig wollen wir eine ambitioniertere EU-Regelung vorantreiben, deren Umsetzung in nationales Recht auch das deutsche Lieferkettengesetz weiterentwickeln würde. Dafür wollen wir sowohl auf die wertvollen Erfahrungen mit der Initiative Lieferkettengesetz aufbauen und weiterhin auf nationaler Ebene aktiv sein, als auch auf EU-Ebene im Rahmen unseres Dachverbandes ECCJ für eine Regelung streiten, die die positivsten Ansätze in der EU aufgreift und somit über das deutsche Gesetz hinausreicht.

Mit dem verabschiedeten Lieferkettengesetz nimmt die Bedeutung branchenspezifischer Handlungsanleitungen und Pilotprojekte für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen zu. Die anstehende Umsetzungsphase der Ergebnisse des Branchendialogs Automobil wird Germanwatch aktiv begleiten und sich zudem für ein kritisches Wirksamkeitsmonitoring starkmachen.

Auch die Debatte zu umweltbezogenen Sorgfaltspflichten wollen wir in den kommenden Monaten – gemeinsam mit unseren Partner:innen aus Lateinamerika und Afrika – in Europa weiter vorantreiben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das europäische Lieferkettengesetz, aber auch spezifische Regelungen wie die Batterienverordnung, stärker umweltbezogene Sorgfaltspflichten vorsehen als das deutsche Gesetz.

Weiterhin werden wir verstärkte Aufmerksamkeit auf den steigenden Rohstoffbedarf lenken und darauf hinarbeiten, dass neben dem Ausstieg aus den fossilen Rohstoffen auch der metallische Rohstoffverbrauch schrittweise absolut gesenkt wird. Auf EU-Ebene sehen wir hier erfreuliche Bewegung und werden uns auch für eine ambitionierte Umsetzung des Circular Economy Action Plans im Kontext von Reparatur und Digitalisierung einsetzen.

¹² https://runder-tisch-reparatur.de/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme_ElektroG_RTR-1.pdf.



Mitarbeiter:innen

	Cornelia Heydenreich Teamleiterin		Sarah Guhr NRO-Koordinatorin Branchendialoge		Johannes Heeg Campaigner Initiative Lieferkettengesetz
	Rebecca Heinz NRO-Koordinatorin Branchendialoge		Johanna Kusch Referentin für Unternehmensverantwortung, Koordinatorin Initiative Lieferkettengesetz		Julia Otten Referentin für Unternehmensverantwortung
	Johanna Sydow Referentin für Ressourcenpolitik		Steffen Vogel Referent für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner Promotor*innen-Programms		
	Konstantin Paff Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 (bis 08/2021)		Lewin Waibel Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (seit 08/2021)		

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Jana Beier, Florian Ulrich.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Michael Windfuhr.

Deutsche und Europäische Klimapolitik

Nach Jahrzehnten des Zauderns ist die Zeit gekommen, in der die Politik ernsthaft die Umsetzung der Klimaneutralität gestalten muss, um noch reelle Chancen zu haben, die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu schützen. Diese Dringlichkeit wurde in Deutschland von höchster Instanz – dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) – bestätigt: Die deutsche Klimaschutzpolitik ist unzureichend und beeinträchtigt die Freiheitsrechte der Menschen der kommenden Generationen. Es ist notwendig, in kooperativen Partnerschaften auf allen Ebenen kommunal, regional, national und international den Weg zur Klimaneutralität zu beschreiten. Mit dem im Juli 2021 veröffentlichten Legislativpaket „Fit for 55“ hat die EU-Kommission den Weg zur Umsetzung ernsthaften Klimaschutzes endgültig festgeklopft. Germanwatch bringt durch vielfältige Maßnahmen die verantwortlichen Akteure ins Handeln, z.B. um sozialverträgliche CO₂-Preise, Züge statt Flüge, grünen Wasserstoff, partizipative Stromnetzplanung und nachhaltige Digitalisierung sowie die für all das notwendige Hebelwirkung des Finanzmarktes (siehe Kapitel Internationale Klimapolitik) voranzubringen.

Befreite Freiheit: Historischer Erfolg für die von Germanwatch unterstützte Klima-Verfassungsbeschwerde

Endlich! Das bahnbrechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts legt den Schutz der Grundrechte generationengerecht aus. Die Freiheit und die Grundrechte von morgen dürfen nicht durch unsere Emissionen heute verheizt werden. Dazu braucht es ein Klimaschutzgesetz, das den Erkenntnissen der Wissenschaft gerecht wird.

Mit seiner Entscheidung vom 24.3.2021 setzte das BVerfG neue Maßstäbe für Klima- und Grundrechtsschutz. Das BVerfG stellt darin fest, dass die heute unzureichende Klimaschutzpolitik Freiheitsrechte der Menschen von morgen beeinträchtigt. Die verfassungsrechtlich notwendige Reduktion von Treibhausgasen darf nach Ansicht der Karlsruher Richter:innen nicht länger in die Zukunft und damit einseitig zu Lasten zukünftiger Generationen hinausgezögert werden. In seinem Beschluss betont das BVerfG auch die internationale Verantwortung Deutschlands in der globalen Klimakrise und stellt zugleich fest, dass ein Staat sich seiner Verantwortung durch den Hinweis auf die Treibhausgasemissionen anderer Staaten nicht entziehen kann. Germanwatch unterstützte zusammen mit Greenpeace und Protect the Planet die Kläger:innen einer der Klagen über die gesamte Prozessdauer hinweg.

Klimaschutz: Nicht nur politisches Gebot, sondern verfassungsrechtliche Pflicht

Die Karlsruher Entscheidung erhebt die Temperaturziele des Pariser Abkommens und das Erreichen von Klimaneutralität in Verfassungsrang: Artikel 20a des Grundgesetzes, der „in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere“ schützt, wird als Prüfmaßstab staatlichen Handelns einklagbar (justiziabel). Das BVerfG nimmt mit seiner Entscheidung eine zeitgemäße Neubestimmung des Freiheitsbegriffs in der Klimakrise vor. Aus der Verpflichtung des Staates, die Freiheitschancen der jungen Generation auch für die Zukunft zu schützen, ergibt sich eine Verpflichtung, in der Gegenwart mehr Klimaschutz zu betreiben.¹³ Dieses Urteil wird absehbar ein zentraler Bezugspunkt für die Klimapolitik in Deutschland und alle Klimaklagen, die weltweit anhängig sind.

¹³ <https://germanwatch.org/de/202111>. Das Urteil des BVerfG findet sich unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html.



Neun der Kläger:innen, die von Germanwatch, Greenpeace und Protect the Planet Unterstützung erhielten (v.l.n.r.): Lüke Recktenwald, Luisa Neubauer, Lucas Lütke-Schwienhorst, Paul Backsen, Hannes Backsen, Jakob Backsen, Sophie Backsen, Johannes Blohm, Franziska Blohm, 2021. (Foto: Julius Schrank und Gordon Welters / Greenpeace und privat)

Weitreichende Konsequenzen für den deutschen Klimaschutz

Das deutsche Klimaschutzgesetz von 2019 wird in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt und muss entsprechend nachgebessert werden. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, sich dabei an den Vorgaben der Wissenschaft zu orientieren und bis Ende 2022 einen schlüssigen und konkreten Emissionsreduktionspfad mit dem Ziel der Treibhausgasneutralität vorzulegen. Dabei müssen die Freiheits- und Grundrechte der jungen und künftigen Generationen gewahrt und das CO₂-Budget entsprechend generationengerecht aufteilt werden.

Daher wurde noch in der 19. Legislaturperiode die Novellierung des Bundes-Klimaschutzgesetzes beschlossen. Darin wurden neue Reduktionsziele von 65 -% bis 2030 und 88 -% in 2040 jeweils im Verhältnis zu 1990 beschlossen. Das Erreichen der Klimaneutralität wurde von 2050 auf 2045 vorgezogen. Weiterhin hat die Große Koalition ein – allerdings nicht mit der notwendigen Ambition ausgestattetes – Sofortprogramm beschlossen. Eigentlich sollte dies der Zielerreichung dienen, letztendlich ist es lediglich eine Aufstockung bestehender Förderprogramme um 8 Mrd. Euro, die zusätzlich in den Regierungsentwurf des Haushaltes 2022 eingestellt wurden. Dieser Entwurf wird allerdings erst von der nächsten Regierung und höchstwahrscheinlich in veränderter Form verabschiedet werden. Was es nach der Wahl tatsächlich braucht, ist ein wirkliches Aufbruchprogramm für die 20. Legislaturperiode mit der neuen Regierung, welches die Zielerreichung des Klimaschutzgesetzes realistisch erreichbar macht. Außerdem braucht es zu Beginn ein 100-Tage-Sofortprogramm, damit beschleunigte Emissionsreduktionen im Sinne der Generationengerechtigkeit realisiert werden können. Die Emissionsentwicklung des Jahres 2021 deutet darauf hin, dass die deutschen Emissionen nach dem mit Ach und Krach durch Corona erreichten Klimaziel für 2020 nun nicht weiter sinken, sondern deutlich steigen werden.

Von Germanwatch mit aufgebaute Europäische Energiewende- und Klimapartnerschaften gestalten Transformation

Die von Germanwatch mit aufgebauten Kooperationen und Bündnisse zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland und der Ukraine, Frankreich und Polen sind handlungsfähig geworden und tragen erste Früchte.

Der Planet kann nur gemeinsam geschützt werden – daher setzt sich Germanwatch seit seiner Gründung für länderübergreifende Partnerschaften auf Augenhöhe ein. Konkret arbeitet Germanwatch in mehreren Projekten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren z.B. in der Ukraine, Frankreich und Polen an der Ausgestaltung der Transformation hin zur Klimaneutralität.

Kohleausstieg in der Ukraine: ein europäisches Friedensprojekt

Germanwatch arbeitet seit 2017 in der Kohleregion Donbass. Gemeinsam mit den ukrainischen Partnern Ecoaction und Alternativa unterstützt Germanwatch die Kohlestädte bei Energiewende und Kohletransformation. Eine dabei im Jahr 2019 entstandene, nach wie vor sehr aktive Plattform¹⁴ von sieben Kohle-Monostädten des ukrainisch kontrollierten Donbass ist das erste Kooperationsformat dieser Art in Osteuropa: NRO sitzen hier am Tisch mit Bürgermeister:innen und Stadträten. Drei Bürgermeister:innen der Donbass-Plattform wurden dank des Engagements von Germanwatch zu delegierten Mitgliedern der ukrainischen Kohlekommission. Sie sind die einzigen direkten Vertreter:innen der betroffenen Kohleregionen. Unter der Koordination von Germanwatch erarbeiteten NRO im Donbass im letzten Jahr gemeinsam mit den Stadtverwaltungen, Politik und Unternehmer:innen eine Strategie für wirtschaftliche Entwicklung ihrer Städte, die im Frühjahr 2021 fertig wurde. Sie ist die erste Strategie ihrer Art in der Ukraine. Auf nationaler Ebene kam es im August 2020 zu einer Entwicklung, die Germanwatch lange gefordert hatte: eine deutsch-ukrainische Energiepartnerschaft, die vor allem auf eine enge Kooperation im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz abzielt. Germanwatch wird die Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft zukünftig noch weiter vertiefen.



Partnerinnen der ukrainischen Zivilgesellschaft, 2019. (Foto: Niels Ackermann)

¹⁴ <https://justtransition.org.ua/en/main-en/>.

Verbesserte EU-Klimaziele als Kompass und Herzstück des European Green Deal gesichert

Zusammen mit seinen deutschen und EU-Partnern setzte sich Germanwatch aktiv für eine Paris-kompatible Verbesserung der EU-Klimaziele ein. Das bedeutet eine deutlich ambitioniertere Gestaltung des Zwischenziels für 2030. Nach über zwei Jahren langer und reger Debatte steht seit April 2021 das neue EU-Klimaziel von mindestens -55 % Netto-Treibhausemissionen bis 2030 gegenüber 1990 (statt bisher -40). Dieses neue Ziel muss nun aber schnellstmöglich sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedsstaaten implementiert und dekliniert werden. Dabei kommt Deutschland und auch Frankreich als größten Emittenten der EU eine besondere Rolle zu¹⁵. Zwischen 2023 und 2025 sollte geprüft werden, wie die noch bestehende Lücke zum 1.5°C-Limit geschlossen werden kann, z.B. durch weitere Nachbesserungen der eigenen Ziele und Maßnahmen sowie ambitionierte 100%-Erneuerbare-Partnerschaften mit Ländern im Globalen Süden, die derzeit noch geringe Emissionen und einen für viele Menschen mangelhaften Zugang zu angemessener Energieversorgung haben.

Die EU und Deutschland „Fit for [mindestens] 55 %“ machen

Nachdem die Zieldebatte auf EU-Ebene mit der Verabschiedung des EU-Klimaschutzgesetzes im Frühling 2021 vorerst vorbei ist, steigen wir mit dem sogenannten Fit-for-55-Package der EU-Kommission in die konkrete Umsetzung der neuen EU-Klimaziele ein. Erstmals forderten am 22.5.2021 insgesamt 18 große Umweltorganisationen aus Polen, Frankreich und Deutschland gemeinsam von ihren Regierungen und der EU mehr Engagement im Klimaschutz. Im Zentrum ihrer gemeinsamen Erklärung stand das „Fit for 55“-Klimapaket, das die Europäische Kommission im Juli vorlegte. Die 18 Organisationen sprachen sich für einen ambitionierten und sozial gerechten Vorschlag der Kommission sowie mehr Solidarität unter den Mitgliedsstaaten und den Erhalt der Verantwortung jedes einzelnen Staates für seine Zielerreichung aus. Die gemeinsame Forderung wurde von Germanwatch koordiniert.

Das am 14.7.2021 schließlich veröffentlichte Politikpaket der EU für die Stabilisierung unseres Klimas ist das bislang weltweit umfassendste seiner Art. Die Kommission entschied sich für einen umfassenden Instrumentenmix unter anderem aus

- Anpassung des Emissionshandelssystems,
- Anpassung der nationalen Klimaziele für Verkehr- und Gebäudebereich in den Mitgliedsstaaten,
- Flankierung durch Ordnungsrecht (zum Beispiel durch CO₂-Standards),
- verstärktem Ausbau der Erneuerbaren Energien,
- CO₂-Grenzausgleichmechanismus,
- Ankündigung einer CO₂-Bepreisung für die emittierenden Bereiche Verkehr und Gebäude.

Ein entscheidender Faktor ist dabei die sozialgerechte Rückverteilung der Einnahmen und deren Verwendung im Sinne des Klimaschutzes. Germanwatch engagiert sich aktiv für ein wirksames und sozial gerechtes Legislativpaket. Es bleibt spannend, und wir bleiben am Ball, insbesondere mit unseren Partnern aus Frankreich¹⁶, Polen und anderen Akteuren der EU¹⁷.

¹⁵ <https://germanwatch.org/de/20189>.

¹⁶ <https://www.germanwatch.org/de/20459>.

¹⁷ <https://germanwatch.org/de/17949>.

Klimaschutz umsetzen: Germanwatch verfolgt vielfältige Maßnahmen, um vom Reden ins Handeln zu kommen

Im entscheidenden Jahrzehnt der Klimaschutz-Umsetzung bringt Germanwatch durch vielfältige Maßnahmen die verantwortlichen Akteure ins Handeln, z.B. um sozialverträgliche CO₂-Preise, Züge statt Flüge, grünen Wasserstoff, partizipative Stromnetzplanung und nachhaltige Digitalisierung zu erreichen.

Klimaschutz kann nicht bei der Erklärung von ambitionierten Zielen aufhören, sondern den Erklärungen müssen auch Taten folgen. Das bedeutet in der Realität, viele kleine, mittlere und große Änderungen umzusetzen, und zwar in allen möglichen Bereichen unseres öffentlichen, wirtschaftlichen und auch privaten Lebens. Um diese Änderungen zu erreichen, gilt es, Rahmensetzungen, Regeln, Anreize und gesellschaftliche Normen für Verhaltensweisen an die Erfordernisse der Klimaneutralität anzupassen und Transparenz über die Klimaauswirkungen öffentlichen und privaten (bzw. privatwirtschaftlichen) Handelns herzustellen. In der durchaus polarisierten Debatte versuchen wir, mit Menschen auf allen Ebenen gemeinsam und respektvoll auszuhandeln, wie wirkungsvolle Impulse für die Zukunft konkret aussehen können, z.B. in diversen Abstimmungsrunden mit Umweltverbänden, in Projektbeiräten, in Gremien wie dem Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung, im Kuratorium des Bürgerrats Klima oder im unabhängigen Beirat der Europäischen Übertragungsnetzbetreiber Strom sowie in vielen thematischen, auch von Germanwatch organisierten Workshops zu Fragestellungen bzgl. der Transformation auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

CO₂-Bepreisung

Die Debatte zur CO₂-Bepreisung in Deutschland und Europa hat neue Fahrt aufgenommen. Germanwatch spricht sich für eine sozial gerechte Klimaprämie in Deutschland aus, im Sinne einer Rückverteilung großer Teile der Einnahmen direkt an die Bürger:innen¹⁸. Außerdem widmete Germanwatch sich der Wahrnehmung des viel diskutierten CO₂-Grenzausgleichs, der verhindern soll, dass EU-Unternehmen ihre Produktion in Nicht-EU-Länder mit weniger ambitionierter Klimapolitik verlagern, in China, Russland und der Ukraine – in Ländern, die davon stark betroffen sind und/oder Vergeltungsmaßnahmen gegen die EU in Betracht ziehen könnten. Die wichtigste Empfehlung lautete, dass die EU und Mitgliedsstaaten wie Deutschland sich wesentlich intensiver bemühen sollten, den CO₂-Grenzausgleich kooperativ statt konfrontativ anzugehen. Die EU sollte beispielsweise betroffene Länder viel gründlicher zur möglichen Ausgestaltung des Instruments konsultieren und Klimapartnerschaften anbieten, um die Herausforderung der Dekarbonisierung gemeinsam anzugehen.

Verkehr

Germanwatch setzt sich für die Stärkung des europäischen Schienenverkehrs als Alternative zum Fliegen ein. Schwerpunkte sind ein besseres Angebot an Bahnverbindungen – Stichwort Europatakt –, die Verbesserung von Buchungsmöglichkeiten und Fahrgastrechten auf grenzüberschreitenden Verbindungen und die Einführung einer Kerosinsteuer. Germanwatch hat hierzu eine Koalition von Umweltorganisationen aus verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten aufgebaut und ist im Austausch mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der Politik, von Gewerkschaften, Verbraucherschutzverbänden und Unternehmensverbänden – in Deutschland und anderen europäischen Mitgliedsstaaten. Germanwatch ist Mitglied bei dem europäischen Dachverband Transport & Environment und setzt sich auch hier dafür ein, dass das Thema Schienenverkehr von der Zivilgesellschaft enger begleitet wird.

¹⁸ <https://germanwatch.org/de/20271>.

Grüner Wasserstoff

Nach intensiven Diskussionen verabschiedete die deutsche Bundesregierung im Juni 2020 ihre Nationale Wasserstoffstrategie. Germanwatch begleitete die Diskussionen eng und gab seither wichtige Debattenanstöße zu einer nachhaltigen Implementierung der Strategie, z.B. mit dem Stakeholderworkshop „Sektorintegration konkret machen: Innovationspotential Power-to-Gas?“¹⁹, einem Blogartikel zum Verhältnis des European Green Deals und der Wasserstofflösung für ressourcen.net²⁰ sowie dem Stakeholderworkshop „Hydrogen: A Future-Proof Option for EU-Russia Energy Relations“²¹.

Ein wichtiger Meilenstein war das Klimaallianz-Positionspapier zu Wasserstoff, an dem Germanwatch wesentlich mitwirkte und das nun wichtige inhaltliche Bausteine für die Aktivitäten der Klimaallianz im Nationalen Wasserstoffrat liefert²². Auch auf EU-Ebene mischt sich Germanwatch in den Wasserstoffdiskurs ein. Die EU-Kommission hatte im Juli 2020 ihre Wasserstoffstrategie veröffentlicht und die European Clean Hydrogen Alliance gegründet. Germanwatch ist ein Mitglied des Roundtables zum Thema Transport und Verteilung von Wasserstoff, bringt dort aktiv die zivilgesellschaftliche Perspektive ein und hat enge Kontakte zu anderen europäischen NRO in diesem Bereich aufgebaut.

Beteiligungsprozesse in der Infrastrukturplanung

Germanwatch verstetigt im fünften Jahr die Aktivitäten zum für die Energiewende notwendigen Um- und Ausbau des Stromnetzes. Ein wichtiges Schwerpunktthema ist nach wie vor die vorrangig dezentrale Energiewende und die damit verbundenen Chancen für die Bürger:innen vor Ort. Außerdem widmet sich Germanwatch dem Nischenthema Reform der Stromnetzentgelte hin zu mehr Gerechtigkeit und Innovation und hat hierzu bereits einen erfolgreichen Workshop mit diversen Stakeholder:innen durchgeführt. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass sowohl gesetzlich vorgesehene als auch freiwillige Beteiligungsprozesse in der Infrastrukturplanung zukünftig partizipativer und zielführender gestaltet werden. In der kommenden Legislaturperiode sind dafür in Deutschland wichtige Weichen zu stellen.

Digitalisierung – eine notwendige Bedingung auf dem Weg zur Klimaneutralität

Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Demokratie sind eng miteinander verflochten.²³ Ohne demokratische Repräsentation und Deliberation werden die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens nicht zu erreichen sein. Ebenso wenig werden die Klimaziele ohne digitale Technologien erreicht werden können. Gleichzeitig steht auch die Zukunft der Demokratie auf dem Spiel, wenn die Klimaziele nicht umgesetzt werden und keine zukunftsfähige, transformative Digitalisierung gelingt. Und ohne klare Rahmensetzungen für Demokratie und Klimaschutz droht auch die digitale Transformation zu entgleisen und ihre Legitimationsgrundlage zu verlieren.

¹⁹ <https://germanwatch.org/de/18867>.

²⁰ <https://germanwatch.org/de/19278>.

²¹ <https://germanwatch.org/de/19212>, <https://germanwatch.org/de/19778>.

²² https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionen/210513_H2_Positionspapier2.pdf.

²³ <https://germanwatch.org/de/20476>.



Germanwatch-Referent Hendrik Zimmermann stellt das Hintergrundpapier „Künstliche Intelligenz und Energie-wende“ bei der Europäischen Kommission vor. (Foto: Alexander von Humboldt – Institut für Internet und Gesellschaft, 21.12.2020)²⁴

Daher organisierte und moderierte Germanwatch zum Themen-Dreieck „Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Demokratie“ auch im zurückliegenden Jahr eine Reihe von politischen und Bildungs-Veranstaltungen²⁵, äußerte sich immer wieder in den Medien, z.B. über Radiobeiträge²⁶ oder Podcasts²⁷, verfasste viele Forderungs-²⁸ und Hintergrundpapiere²⁹, setzte sich in Bündnissen für eine digital souveräne Gesellschaft ein³⁰, brachte sich in Kampagnen für eine Zukunft ohne biometrische Massenüberwachung ein³¹, hielt viele Vorträge³² und setzte politische Impulse³³. Germanwatch ist Gründungsmitglied der Bewegung „Bits & Bäume“³⁴. Als Bewegung für eine nachhaltige Digitalisierung planen wir für das Jahr 2022 eine große Konferenz mit über 2.000 Teilnehmenden, um weiter dazu beizutragen, dass Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Demokratie zusammendenken.

Ausblick

In den kommenden zwei Jahren brauchen wir einen deutlichen Dynamisierungsschub für energetische Gebäudesanierung, Erneuerbare Energien und den Klimaschutz, wenn die Klimaziele nicht außer Reichweite geraten sollen. In Deutschland wird der Ausgang der Bundestagswahl 2021 und der nachfolgenden Koalitionsverhandlungen diesen Prozess gewichtig prägen. Die Frage, wie die Umsetzung des Europäischen Fit-for-55-Pakets in nationales Recht gelingt, wird entscheidend sein für die tatsächlichen Klimaschutzenerfolge in Deutschland und Europa. Dabei wird es mehr als je zuvor darauf ankommen, die Reformprozesse sowie die neuen Regeln und Gesetze sozial gerecht zu gestalten. Das gilt nicht nur für deren finanziellen Effekte bei den Bürger:innen, sondern auch für die Transparenz und Legitimität der Entscheidungsfindungsprozesse. Denn nur Prozesse, die von der Mehrheit der Gesellschaft als gerecht empfunden werden, führen zu langfristig stabilen Lösungen. Es müssen dicke Bretter in den nächsten Jahren gebohrt werden: Um Klimaschutz auf solide Beine zu stellen, müssen z.B. Klimaschutz-Haushalte auf allen Ebenen geschnürt, die Industrie-, Wärme- und Verkehrswende muss ernsthaft in Gang gebracht werden, und der Ausbau von Erneuerbaren

²⁴ <https://www.germanwatch.org/de/19855>.

²⁵ Z. B. <https://germanwatch.org/de/20451>; <https://germanwatch.org/de/19727> oder <https://germanwatch.org/de/19210>.

²⁶ <https://germanwatch.org/de/20447>.

²⁷ <https://germanwatch.org/de/20440>.

²⁸ Z. B. <https://germanwatch.org/de/19764>; <https://germanwatch.org/de/19764> oder <https://germanwatch.org/de/20094>.

²⁹ Z. B. <https://germanwatch.org/de/19979> oder <https://germanwatch.org/de/20369>.

³⁰ <https://germanwatch.org/de/20131>.

³¹ <https://germanwatch.org/de/20036>.

³² Z. B. <https://germanwatch.org/de/19980>; <https://germanwatch.org/de/19730>; <https://germanwatch.org/de/20450>; <https://germanwatch.org/de/19760>.

³³ Z. B. <https://germanwatch.org/de/19855>.

³⁴ <https://germanwatch.org/de/20040> und <https://bits-und-baeume.org/de>.

Energien zur Stromerzeugung muss endlich wieder vorangehen. Es gibt viel zu tun, und jede:r kann mithelfen. Germanwatch wird sich weiter vehement dafür einsetzen, dass der Klimaschutz in Deutschland und Europa vorankommt und endlich wirksam wird.



Mitarbeiter:innen

	Oldag Caspar Teamleiter		Dr. Eva Schmid Teamleiterin		Sylwia Andralojc-Bo-dych Referentin für klimapolitische Zusammenarbeit Polen-Deutschland (seit 11/2020)
	Kai Bergmann Referent für deutsche Klimapolitik		Lena Donat Referentin für klimafreundliche Mobilität (bis 07/2021)		David Frank Referent für Stromnetze und Klimapolitik
	Caterina Freytag Referentin für Klimaschutzklagen		Anne Gläser Referentin für CO ₂ -Preise (seit 01/2021)		Linus Herzig Referent für CO ₂ -Preise (bis 09/2020)
	Kirsten Kleis Referentin für Stromnetze und Erneuerbare Energien (seit 01/2021)		Dr. Georg Kobiela Referent für Industrietransformation (seit 08/2021)		Audrey Mathieu Referentin für EU-Klimapolitik
	Milot Morina Referent für Multi-akteurspartnerschaft Kosovo / Westbalkan (seit 09/2020)		Martin Schön-Chanishvili Referent für Partnerschaften Ost- und Südosteuropa		
	Dr. Manfred Treber Referent für Klima und Verkehr		Andrea Wiesholzer Referentin – Netze für die Energiewende		Hendrik Zimmermann Referent für Energiewendeforschung und Digitale Transformation
	Fiona Marker Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 (bis 08/2021)		Mia Wäldchen Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (seit 08/2021)		

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Valentina Fongo, Caroline Heinzel, Jan Hendricks, Tue Lan Je, Emil Schwarze, Heidi Strand.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Reinhard Loske.

Internationale Klimapolitik

Die Corona-Pandemie entschleunigte die UN-Klimapolitik 2020 einerseits, so dass nach der Entscheidung zur Verschiebung des Klimagipfels COP26 um ein ganzes Jahr auf November 2021 lediglich das 5-jährige Jubiläum der Pariser Klimaabkommens mit dem Climate Ambition Summit Anlass bot, die Weltgemeinschaft trotz Pandemie an ihre Verpflichtungen zum Klimaschutz und zum Umgang mit Klimafolgen zu erinnern. Andererseits gab es durch die neue US-Regierung sowie die neuen Klimaziele der EU viel neuen internationalen Schwung. Stand jetzt reichen laut Synthesebericht der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) die Pläne aller Länder in ihrer Gesamtheit aber immer noch nicht aus, um die Welt auf einen 1,5°C-Pfad (oder zumindest auf einen Pfad deutlich unter 2°C) zu führen – so wie ihn das Pariser Klimaabkommen vorsieht. Die bislang eingereichten Nachbesserungen und Ankündigungen der Länder würden – bei vollständiger Umsetzung – dazu führen, dass der globale Temperaturanstieg auf 2,4°C begrenzt werden könnte.³⁵ Ein großer Fortschritt gegenüber der Zeit, als das Pariser Abkommen vereinbart wurde, aber immer noch viel zu wenig, um einen im großen Maßstab gefährlichen Klimawandel zu bremsen. Germanwatchs Climate Change Performance Index (CCPI) zeigt, dass besonders die reichen Länder und die Länder mit hohen pro-Kopf-Emissionen im Klimaschutz noch dringend nachlegen müssen! Dabei sticht heraus, dass Demokratien sich deutlich stärker für Klimaschutz einsetzen als autoritäre Staaten. Bilaterale Paris-Partnerschaften und Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAPs) können die notwendige Dynamisierung von positiven Trends unterstützen.

Für das Erreichen der Pariser Ziele, die den Erhalt der Lebensgrundlagen der besonders vulnerablen Länder und Bevölkerungsgruppen ermöglichen sollen, bleibt ein schneller Einstieg in eine dynamische *Umsetzung* der gesteckten Ziele essentiell. Dabei ist die Corona-Pandemie eine der größten Herausforderungen – vor allem was die gesamtgesellschaftliche Resilienz betrifft. Besonders viele ärmere Länder des Globalen Südens haben große Schwierigkeiten, die sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie abzufedern und gleichzeitig die wachsenden Klimafolgen zu bewältigen sowie die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen. Die Corona-Pandemie droht, jahrzehntelange Entwicklungserfolge und auch Fortschritte bei den SDGs zu vernichten sowie den dringenden Übergang zu einer grüneren, inklusiveren Wirtschaft weiter zu verzögern.³⁶ Gerade zur Bewältigung der anhaltenden Pandemie ist daher internationale Solidarität gefragt. Neben der UN-Ebene sind hier die bilaterale Kooperation und die Ebene der G7 und G20 zentral – sowohl für die Bewältigung der Corona-Krise als auch für klimapolitische Fortschritte. Der Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaabkommen durch die Biden-Administration, ihre generelle klimapolitische Ausrichtung und die Billigung des großangelegten, zu einem großen Teil grüne Infrastrukturprogramm durch den US-Senat geben hier Grund zur Hoffnung. So zeigten sich die G20-Finanzminister:innen im Juli 2021 trotz aktueller geopolitischer Spannungen offen für Klimakooperation. Allerdings spiegelt sich die Solidarität noch immer nicht bei der internationalen Klimafinanzierung wider. So wurde das Ziel der Industrieländer, ab 2020 mindestens 100 Mrd. US-Dollar jährlich für die internationale Klimafinanzierung zu mobilisieren, nach Expertenschätzung nicht erreicht. Einige Industrieländer kündigten im Rahmen der G7 an, diese Lücke bis 2025 schließen zu wollen. Auch wegen beständigen Nachhakens im Kanzleramt und bei allen relevanten Ministerien durch Germanwatch kündigte die Bundeskanzlerin eine weitere Erhöhung der deutschen Klimafinanzierung bis 2025 auf 6 Mrd. Euro jährlich an. Dies macht Deutschland einerseits zu einem der größten Geber in diesem Bereich, andererseits tritt es noch deutlich zu kurz in Anbetracht der Bedürfnisse der Entwicklungsländer.

Gleichzeitig gibt es angesichts der politischen Ziele in der EU, in den USA und in einer wachsenden Zahl von G20-Staaten unter den Finanzmarkts- und Realwirtschaftsakteur:innen ein wachsendes Verständnis, dass es keine Alternativen zu klimaneutralen Geschäftsmodellen gibt und Klimaschutz

³⁵ <https://climateactiontracker.org/global/cat-thermometer/>.

³⁶ <https://unstats.un.org/sdgs/report/2021/>.

sich zunehmend als Wettbewerbsvorteil herausstellt. Dies manifestiert sich im sogenannten „Race to Zero“ verbundener Allianzen. Dies kann von staatlicher Seite durch eine entsprechende Vorreiterrolle für Rahmensetzung, CO₂-Preis und Regulierung unterstützt werden.

Für Germanwatch ist die enge vertrauensvolle Abstimmung in Netzwerken der Zivilgesellschaft wichtiger Bestandteil der Arbeit zur internationalen Klimapolitik, insbesondere im International Climate Policy Hub (ICP Hub) und Climate Action Network (CAN) auf internationaler Ebene sowie in der Klima-Allianz, dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) oder der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) auf nationaler Ebene. Immer intensiver wird auch die Kooperation mit der Stifungsplattform F20, die Klimaziele und SDGs in den G20-Ländern voranbringt.

Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation zu 1,5°C und Treibhausgasneutralität unterstützen

Engagierte Klima- und Energiepolitik gefördert: Climate Change Performance Index 2021 erreicht hohe Aufmerksamkeit und übt Druck auf Staaten aus. Multi-Akteurspartnerschaften bereiten Klimaschutzstrategien mit relevanten Akteuren für Erneuerbare Energien in Marokko, Indien und Pan-Afrika vor.

Seit 2005 veröffentlicht Germanwatch den auch international stark beachteten Climate Change Performance Index (CCPI), der die Angemessenheit und Umsetzung der Klimaschutzversprechen von mittlerweile 57 Ländern und der EU öffentlichkeitswirksam bewertet und dokumentiert. Ländervergleichsstudien sind ein hilfreiches wissenschaftsbasiertes Mittel, um öffentlichen Druck auszuüben und Länder zu einer verbesserten Klimapolitik anzutreiben. Die Vorstellung des Klimaschutz-Index 2021 erfolgte im Dezember 2020 bedingt durch die Covid-Pandemie digital und nicht wie in den vorherigen Jahren auf der UN-Klimakonferenz. Nichtsdestotrotz erreichte der Index eine hohe mediale Aufmerksamkeit und weltweites Interesse von Entscheidungsträgern – nicht zuletzt über die neue Webseite www.ccpi.org. Zunehmend interessieren sich Finanzmarktakteure im Rahmen des climate proofings von Investitionen für die Resultate des CCPI.

Seit der methodischen Überarbeitung 2017 misst der Index neben vergangenen und momentanen Anstrengungen im Klimaschutz auch, ob die gesetzten Klimaziele der einzelnen Länder mit der globalen Temperaturobergrenze von „deutlich unter 2°C beziehungsweise 1,5°C“ vereinbar sind. Der CCPI löst jedes Jahr wichtige öffentliche und politische Debatten in vielen der untersuchten 60 Länder aus. Jüngst ging es dabei nicht nur um individuelle Länder und ihr Abschneiden im Ranking, sondern verstärkt auch um die Demokratie als die Staatsform, die Klimaschutz begünstigt, schlussfolgert beispielsweise [euronews.green](https://www.euronews.com/green) im Juni 2021³⁷, denn neun der zehn Top-Performer im Climate Change Performance Index 2021 sind Demokratien.

Zusammen mit acht Partnerinstitutionen aus Schwellenländern ist Germanwatch außerdem Teil des Konsortiums Climate Transparency. Der seit 2015 erscheinende „Brown to Green Report“ wurde 2020 unter dem neuen Namen „Climate Transparency Report“ veröffentlicht und gibt anhand rund 80 verschiedener Indikatoren den weltweit umfassendsten Überblick über den Stand der Klimapolitik in den G20-Staaten. Diese sind für etwa 80-% der globalen Emissionen verantwortlich.

Auch in weniger entwickelten Ländern, die wesentlich weniger zum globalen Treibhausgasausstoß beitragen, engagieren wir uns für die Energiewende und in dem Zuge für Zugang zu bezahlbarer, zuverlässiger und nachhaltiger Energie. Afrikanische Länder verfügen über ein beträchtliches und

³⁷ <https://www.euronews.com/green/2021/06/29/why-democracy-is-the-key-ingredient-to-battling-climate-change>.

weitgehend unausgeschöpftes Potenzial für Erneuerbaren Energien. Hier kann es gelingen, den Sprung zu intelligenten, dezentralen und partizipatorischen Energiesystemen der Zukunft zu schaffen, ohne sich in fossilen Energiequellen und übermäßig zentralisierten Energiesystemen zu verstricken. Viele afrikanische Länder haben bereits damit begonnen, Afrikas Zukunftsmodell der Erneuerbaren Energien anzustoßen, jedoch oft nur mit begrenzter Beteiligung und Einbeziehung von NRO, lokalen Gemeinschaften und Bürger:innen. Germanwatch unterstützt gemeinsam mit Partner:innen in Kenia, Kamerun, Burkina Faso und Marokko Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den entsprechenden afrikanischen Ländern dabei, die Energiewende dezentraler, fairer und partizipativer zu gestalten und sowohl nationale als auch panafrikanische energiepolitische Rahmenbedingungen zu verbessern.

Zu diesem Zweck unterstützte Germanwatch Power Shift Africa (PSA) in Kenia beim Aufbau einer kompetenten afrikanischen Plattform, die sich auf panafrikanischer und internationaler Ebene mit den Fragen und notwendigen Rahmensetzungen der Energiewende in afrikanischen Ländern befasst. Gemeinsam mit Akteur:innen dieser Plattform wurde etwa ein Papier konzipiert, welches einen Überblick über die bestehende Energiezusammenarbeit auf dem afrikanischen Kontinent, über ihre Erfolge und Lücken gibt sowie die Rolle der afrikanischen Zivilgesellschaft für die Energiewende in Afrika diskutiert. Darüber hinaus wurden Politikempfehlungen zur EU-Afrika-Strategie veröffentlicht, um darauf hinzuwirken, dass die nachfolgenden Politiken und Umsetzungsstrategien den Menschen in Afrika und dem Planeten langfristig zugutekommen. Diese Empfehlungen diskutierten wir während zweier Gespräche mit zuständigen europäischen Entscheidungsträger:innen. Ein besonderer Fokus lag im Jahr 2020 darauf, gemeinsam mit CESAO in Burkina Faso die Stimme der westafrikanischen Länder in der afrikanischen Klima- und Energiepolitik zu stärken, Kapazitäten aufzubauen und die westafrikanische Zivilgesellschaft stärker in die panafrikanische Plattform zu integrieren.

In Marokko arbeitet Germanwatch gemeinsam mit der High Atlas Foundation daran, die Zusammenarbeit für den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien zwischen der Regierung auf verschiedenen Ebenen, dem Privatsektor, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft durch eine Multi-Akteurs-Partnerschaft zu stärken. Der 2019 gebildete Steuerungsausschuss wichtiger marokkanischer Energieakteur:innen namens „Plateforme Marocaine de Décentralisation des Énergies Renouvelables“ erarbeitete 2020 eine Studie über die Potentiale einer dezentralen und partizipativen Ausgestaltung der marokkanischen Energiewende. Basierend auf dieser Studie wurde außerdem ein Pilotprojekt in der Youssoufia Provinz entwickelt, welches noch im Jahr 2021 implementiert werden soll. Das Pilotprojekt auf Ebene einer ländlichen Gemeinde verfolgt einen Ansatz, der auf dem Wasser-Energie-Landwirtschafts-Nexus basiert und das lokale Solarpotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit von Solar-Photovoltaiksystemen nutzt.

Voraussetzungen für transformative Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten schaffen und Maßnahmen geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert voranbringen

Germanwatch setzt bei den UN-Klimaverhandlungen wichtige Akzente für einen deutlichen Zuwachs von und besseren Zugang zu Klimafinanzierung für die Verletzlichsten im Globalen Süden, damit diese sich an die Folgen der Klimakrise anpassen und nicht vermeidbare Verluste und Schäden adressieren können.

Die Anzeichen der fortschreitenden Klimakrise mehren sich und betreffen Länder weltweit. Mit wachsender wissenschaftlicher Evidenz ist es möglich, sogar einzelne Extremwetterereignisse dem Klimawandel zuzuordnen – diese nehmen mit steigender globaler Durchschnittstemperatur an Intensität und Häufigkeit zu. Mit dem Globalen Klima-Risiko-Index (KRI) zeigt Germanwatch seit mehr

als 15 Jahren medienwirksam auf, welche Länder besonders von der steigenden Zahl und Heftigkeit von Wetterextremen betroffen sind und am meisten unter den Folgen dieser Ereignisse leiden – anhand von zu beklagenden Todesopfern sowie wirtschaftlichen Schäden. Auch der 2021 erschienene KRI zeigt, dass es – nicht nur, aber besonders – Länder des Globalen Südens sind, die unter den Wetterextremen leiden, sich nicht ausreichend dagegen schützen können – und deshalb beim Umgang mit diesen Folgen deutlich besser unterstützt werden müssen.

Im Pariser Klimaabkommen haben sich die Länder nicht nur darauf geeinigt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2°C, bestenfalls 1,5°C zu begrenzen, sondern auch verletzte Länder, die besonders betroffen sind und besonders wenig zur Klimakrise beigetragen haben, beim Umgang mit den Folgen zu unterstützen. Germanwatch setzte sich daher im Kontext der UNFCCC-Klima-Zwischenverhandlungen im Juni 2021 und beim Globalen Anpassungsgipfel im Januar 2021 dafür ein, dass der Anteil der Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen erhöht wird und darüber hinaus ein expliziter Anteil für den Umgang mit Schäden und Verlusten bereitgestellt wird, was so bisher noch nicht gemacht wird.

Auch mit verschiedenen Studien, Blog- und Zeitschriftenbeiträgen hat Germanwatch auf die bestehende Schutz- und Finanzierungslücke aufmerksam gemacht: so beispielsweise in einer Studie, die sich mit nationalen Finanzierungsinstrumenten zum Management von Klimarisiken und -folgen in den besonders betroffenen Ländern des Climate Vulnerable Forum beschäftigt. Die Studie zeigt, dass viele dieser Länder bereits eine Menge auf nationaler Ebene unternehmen, es aber große Lücken gibt, vor allem in Bezug auf den Umgang mit nicht-ökonomischen Schäden und langsam voranschreitenden Klimawandelfolgen. Auch hier wird dringend Unterstützung benötigt.

In zwei Multi-Akteurs-Partnerschaften in Kenia und im Senegal setzte sich Germanwatch mit Möglichkeiten der Klima-Risiko-Finanzierung auseinander. In Kenia stand das Instrument der Klimarisikoversicherungen im Zentrum. In Zusammenarbeit mit kenianischen Partnerorganisationen wurden Webinare, Workshops und Diskussionen durchgeführt, und es entstand ein Guide zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort. Die Partnerschaft mit Senegal wird im Projektkonsortium mit insgesamt sieben Ländern zusammen mit CARE und MCII und im Kontext der InsuResilience-Partnerschaft umgesetzt. In allen Ländern unterstützen die Partnerschaften die Entwicklung und Umsetzung menschenrechtsbasierter – u.a. armuts- und gender-orientierter – Instrumente zur Klima-Risiko-Finanzierung. Zentral ist, dass die besonders gefährdeten Personengruppen von ihrer Regierung erstens identifiziert, zweitens an der Planung beteiligt werden und drittens – falls das nicht passiert – Beschwerdemechanismen wirkungsvoll nutzen können. Im Senegal liegt der Fokus auf Möglichkeiten zum Umgang mit Schäden und Verlusten, die aus langsam voranschreitenden Klimawandelfolgen resultieren – hier gibt es bisher in vielen Ländern noch eine große Lücke.

Germanwatch arbeitet mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammen mit dem Ziel, eine Brücke zu schlagen zwischen den lokalen Erfahrungen zu Anpassungsprozessen in den jeweiligen Ländern und den internationalen Klimaverhandlungen. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem seit 2019 unter dem Pariser Klimaabkommen verankerten Anpassungsfonds, welcher konkrete und lokale Projekte zur Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern finanziert. Deutschland stellt mit Abstand die größte finanzielle Unterstützung für diesen internationalen Fonds bereit (2019: 33 Mio. USD). Im Rahmen dieser Arbeit institutionalisieren wir gemeinsam mit unseren Partner:innen ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das NRO dazu befähigt, sich in die Prozesse und Projekte des Anpassungsfonds einzubringen und diese im Sinne der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen zu stärken.

Außerdem unterstützt Germanwatch den Peruaner Saúl Luciano Lliuya bei seiner Klage gegen den Energiekonzern RWE, der als Europas größter CO₂-Emittent mitverantwortlich für den Klimawandel und seine Folgen ist. Seinem Haus und seiner Heimatstadt Huaraz droht durch die klimawandelbe-

dingte Gletscherschmelze oberhalb der Stadt eine verheerende Flutkatastrophe, da dort der Ausbruch eines Gletschersees erfolgen könnte. Da RWE historisch etwa ein halbes Prozent der seit Beginn der Industrialisierung freigesetzten Treibhausgase verursacht hat, soll RWE auch ein halbes Prozent der Kosten für notwendige Schutzmaßnahmen bezahlen. Das Landgericht Essen hatte im Dezember 2016 als erste Instanz einen Schutzanspruch verneint. Doch das Oberlandesgericht Hamm verwarf als zweite Instanz im November 2017 nach einer Berufung des Klägers in allen Punkten die rechtliche Argumentation von RWE und ordnete den Einstieg in die Beweisaufnahme an. Damit hat – wenn auch bislang erst in mündlicher Verhandlung – erstmals weltweit ein Gericht im Prinzip bejaht, dass ein privates Unternehmen für seine Mitverursachung von klimawandelbedingten Schäden oder Risiken verantwortlich gemacht werden kann. Nachdem die juristische Grundsatzfrage in dieser Instanz geklärt ist, arbeiten nun Sachverständige an der ersten wissenschaftlichen Beweisfrage, ob eine ernsthafte Bedrohung für das Hausgrundstück des Klägers (und damit auch für bis zu 50.000 andere Anwohnende) besteht. Dazu wurde ein gerichtlicher Ortstermin in Huaraz angesetzt, der sich allerdings aufgrund der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Reisebeschränkungen noch verzögert. In einer unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchung von Anfang 2021 belegten Forscher:innen der Universitäten Oxford und Washington mittlerweile, dass die Erwärmung, die in der Region oberhalb von Huaraz Gletscherschmelze verursacht, zu mehr als 85 % auf Emissionen durch Menschen zurückzuführen ist. Sollte die erste Beweisfrage in diesem Sinne positiv beantwortet werden, folgt die zweite Beweisfrage dazu, inwieweit die von den RWE-Kraftwerken freigesetzten CO₂-Emissionen zu der Bedrohung beigetragen haben.

Mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs kompatible Finanzflüsse schaffen

Shifting the trillions – Finanzmärkte auf dem Weg zu Treibhausgasneutralität und Klima-Resilienz: Mitglieder des Bundestags (MDBs) machen ernst mit Paris-Alignment für direkte Investitionen bis 2023. Expert:innen legen mit Beteiligung von Germanwatch der Bundesregierung wichtigen Sustainable-Finance-Fahrplan zur wirtschaftlichen Transformation vor.

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die internationale Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen und Resilienz aufzubauen. Artikel 2.1c des Abkommens schreibt hier dem Finanzmarkt bei der wirtschaftlichen Transformation hin zur Klimaneutralität und Resilienz eine große Verantwortung zu. Klimakompatible Finanzströme sind – wenn die Rahmensetzung für die Realwirtschaft stimmt – ein Hebel für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft.

Die historischen Summen der Konjunkturpakete als Antwort auf den Einbruch der Wirtschaft aufgrund der COVID-19-Pandemie und die damit einhergehende Debatte um eine ‚green, resilient recovery‘ haben gezeigt, wie wichtig die systematische Verankerung von Nachhaltigkeit bei Finanzentscheidungen ist. Germanwatch hat diese Debatte mit konkreten Vorschlägen für die Ausgestaltung des notwendigen Prüfrahmens (EU-Taxonomie, Do-no-harm-Regeln) bei der Vergabe von Konjunkturlösungen insbesondere in Deutschland und der EU intensiv begleitet. Zusätzlich hat auch die politische Debatte zu einem weiteren Sustainable Finance-Richtlinienvorschlag auf EU-Ebene begonnen: der Corporate Sustainability Reporting Directive. Germanwatch setzt sich nicht nur für eine wirkungsvolle Richtlinie, sondern auch dafür ein, die Thematik einer größeren Öffentlichkeit näherzubringen.

Zudem wirkt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer bei Germanwatch, als Mitglied im Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung mit. Dem Mandat entsprechend entwickelte der Beirat (zusammengesetzt aus Vertreter:innen aus Real- und Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft) Empfehlungen, um Deutschland zu einem führenden Sustainable-Finance-Standort

zu machen. Die Empfehlungen mündeten im Februar 2021 in einen ambitionierten Fahrplan für wirtschaftliche Transformation³⁸. Die Neuordnung der Berichts- und Sorgfaltspflichten soll zu einer vergleichbaren Berichterstattung über klimarelevante Risiken im Geschäftsbericht führen und letztlich die „Tragödie des kurzfristigen Horizontes“ (M. Carney) beenden. Neben Handlungsoptionen bezüglich privater Akteure wird auch der öffentlichen Hand darin eine klare Vorreiterinnenrolle zugeschrieben. Die KfW Entwicklungsbank beispielsweise soll als Transformationsbank etabliert werden. Denn Deutschland hängt hier aktuell im internationalen Vergleich noch zurück. Einige andere Entwicklungsbanken sind der deutschen Kreditanstalt schon einige Schritte voraus.

So wurden in diesem Jahr die Pläne der multilateralen Entwicklungsbanken zur bereits im Jahr 2016 bekanntgegebenen Ausrichtung am Pariser Klimaabkommen konkreter. Die meisten multilateralen Entwicklungsbanken kündigten an, ihre direkten Investitionen bis 2023 Paris-kompatibel zu gestalten – ein Ziel, das Germanwatch von den Banken und den Anteilseigner:innen gefordert hatte. Zudem wurden erste Ansätze und Methodologien veröffentlicht, teilweise aufbauend auf der Arbeit des Projektkonsortiums rund um Germanwatch, das NewClimate Institute und das World Resources Institute, welches durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird. Germanwatch koordiniert außerdem die Arbeit eines weiteren zivilgesellschaftlichen Konsortiums, das sich auf die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank konzentriert und vom Hilfswerk Misereor gefördert wird. Auch diese, erst im Jahr 2016 gegründete, multilaterale Entwicklungsbank soll ihre noch unausgereiften sektoralen Richtlinien und Politiken am Pariser Abkommen und den Nachhaltigkeitszielen der UNO ausrichten. Ein Fokus des Projekts ist die Finanzierung nachhaltiger und inklusiver Infrastruktur in Städten.

Bis zur COP26 müssen Entwicklungsbanken nun Ansätze vorlegen, wie sie auch ihre indirekten Investitionen so ausrichten, dass sie mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sind. Das Konsortium hat hierfür eine Methode erarbeitet, die die Banken nutzen können, um die Paris-Kompatibilität ihrer indirekten Investitionen über Finanzintermediäre zu überprüfen³⁹. Ein weiterer wichtiger Investitionsstrang der Entwicklungsbanken, der aktuell im Fokus der Arbeit von Germanwatch steht, ist die Reformfinanzierung. Sie stellt eine Budgethilfe dar, die bereitgestellt wird, sobald Partnerländer vorab abgestimmte Reformen implementiert haben. Gerade in Krisenzeiten kommt diesen Vorhaben eine wichtige Bedeutung zu. Derzeit entwickelt das Konsortium Kriterien, wie diese Art der Investitionen Paris-kompatibel gestaltet werden kann.

Die Quantität, Qualität und Zugänglichkeit der internationalen Klimafinanzierung verbessern, um den dringenden Bedarf der Verletzlichsten zu decken und Maßnahmen zum Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen

Deutschland steigert seinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung bis 2025 auf 6 Mrd. Euro pro Jahr und zeigt somit ein gutes erstes Signal für erhöhtes Engagement im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Germanwatch hat in Gesprächen mit der Kanzlerin und allen relevanten Ministerien konstant Argumente und Druck für die Notwendigkeit einer Zusage geliefert.

Seit 2009 bildet die Zusage der Industrieländer, bis 2020 gemeinsam 100 Mrd. USD an internationaler Klimafinanzierung zu mobilisieren und die Mobilisierung von Klimafinanzierung über die bisherigen Anstrengungen hinaus zu gewährleisten, die Grundlage der Verhandlungen im Rahmen der

³⁸ https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2021/02/210224_SFB_-Abschlussbericht-2021.pdf.

³⁹ <https://germanwatch.org/de/20374>.

UNFCCC. Dies hat dazu beigetragen, dass sich die Entwicklungsländer verstärkt zu Klimaschutzmaßnahmen verpflichten sowie Anpassungsmaßnahmen in ihren Ländern planen und umsetzen. Allerdings bleibt es eine Herausforderung, die Klimafinanzierung auf einem Niveau bereitzustellen, das den Bedürfnissen der am meisten gefährdeten Menschen tatsächlich gerecht wird; mit dem Klimaschutzmaßnahmen unterstützt sowie die Qualität und Zugänglichkeit der bereitgestellten Finanzmittel sichergestellt werden können.

Um diese Herausforderungen anzugehen, verfolgen wir einen zweigleisigen Ansatz: Einerseits engagieren wir uns auf der Ebene der Geldgeber (die reichen Länder/Industrieländer), insbesondere in Deutschland, um sicherzustellen, dass die Zusagen eingehalten werden und den verletzlichsten Ländern und Gemeinschaften ein angemessenes Maß an Klimafinanzierung zur Verfügung gestellt wird. Die jüngste Zusage Deutschlands, seinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung bis 2025 auf 6 Mrd. Euro pro Jahr zu erhöhen, ist ein Beispiel für die Art von Ergebnis, die wir mit unseren Bemühungen anstreben. Unsere Bemühungen umfassten Gespräche mit Kanzlerin und Staatssekretär:innen sowie Mitarbeiter:innen verschiedener Ministerien, Forderungsbriefe, Beiträge zu öffentlichen Meinungsbeiträgen, Presseerklärungen und den Aufbau koordinierten öffentlichen nationalen und internationalen Drucks auf deutsche Entscheidungsträger:innen.

Andererseits arbeiten wir durch unser Engagement in verschiedenen Finanzierungsmechanismen der UNFCCC, insbesondere dem Grünen Klimafonds und dem Anpassungsfonds, daran, Politiken und Rahmenbedingungen zu fördern, die den Zugang zu Finanzmitteln für Entwicklungsländer und insbesondere für die verletzlichsten Länder sicherstellen. Zunehmend bekommt das Zivilgesellschaftsnetzwerk im Anpassungsfonds unter starker Beteiligung von Germanwatch eine tragende Stimme und hat dabei unter anderem dazu beigetragen, dass der Förderdeckel je Land angehoben wurde.

Wir bemühen uns auch, die Qualität und Zusammensetzung der bereitgestellten Finanzmittel zu verbessern. Indem wir mit Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammenarbeiten, versuchen wir, die Stimmen lokaler Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft zu stärken und auf ihrem lokalen Wissen und ihrer Expertise aufzubauen. Dadurch wollen wir sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen innerhalb dieser Mechanismen auf die spezifischen Bedürfnisse und Kontexte der Verletzlichsten abgestimmt sind und die Qualität der von diesen Fonds finanzierten Projekte und Programme verbessert wird.

Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-)Partnerschaften initiieren, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen

Germanwatch unterstützt sieben erfolgreiche MAPs in Ländern des Globalen Südens, in der Ukraine und im Kosovo zu Klima, Energie und gerechter Transformation und regt zwischenstaatliche Partnerschaften von Deutschland mit Partnerländern an.

Mit der weitgehend erfolgten Ausformulierung der Umsetzungsregeln für das Pariser Klima-Abkommen gewinnt die Frage an Relevanz, wie die völkerrechtlich verbindlichen Zusagen nun tatsächlich in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden können. Wir sind davon überzeugt, dass Partnerschaften ein zukunftsweisender und essentieller Beitrag zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens und der SDGs sind. Um in diesem Kontext erfolgreich zu sein, engagieren wir uns zum Beispiel in zivilgesellschaftlichen Netzwerken wie dem Adaptation Fund NGO-Netzwerk und arbeiten mit verschiedenen partnerschaftlichen Ansätzen wie den transformativen Paris-Partnerschaften. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Aufbau von wirksamen und transformativen MAPs.

Seit 2017 unterstützt und begleitet Germanwatch lokale Partnerorganisationen in Indien, Kenia, Senegal, Marokko, Kosovo und Ukraine beim Aufbau von insgesamt sieben MAPs auf lokaler, nationaler bzw. multinationaler Ebene. Im Mittelpunkt steht hier das Anstreben einer Systemtransformation – zum Erhalt der Lebensgrundlagen und für mehr globale Gerechtigkeit. Thematisch fokussieren die MAPs auf eine nachhaltige Energieversorgung und das Management sowie die Finanzierung von Klimarisiken.

Basierend auf über drei Jahren Erfahrung mit Aufbau, Erhalt und Pflege von diesen sieben MAPs und in enger Zusammenarbeit mit den lokalen MAP-Partner:innen, haben wir konkrete Erfolgsfaktoren und -bedingungen für transformative MAPs identifiziert und Empfehlungen entwickelt, die auf beispielhaften Herausforderungen, Konfliktsituationen und möglichen Lösungsansätzen beruhen, und in einer Publikation aufbereitet. Diese Empfehlungen wurden unter anderem während gemeinsamer Workshops und der zweiten internationalen, von Germanwatch mit allen MAP-Partner:innen organisierten MAP-Konferenz im Oktober 2020 diskutiert. Hierzu gehören

- 1) partizipative und an den kulturellen und politischen Kontext angepasste Vorbereitung,
- 2) respektvolle und inklusive Gestaltung der Zusammenarbeit,
- 3) Outreach, mit einem Fokus das Umfeld zu verstehen und die MAP so in den Kontext einbetten zu können, um Konsultation, Informationsaustausch und gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

Diese Empfehlungen sollen uns und unseren MAP-Partner:innen sowohl anderen Akteur:innen, die sich mit der Planung einer MAP beschäftigen oder sich bereits in deren Umsetzung befinden, als Unterstützung dienen.

Diese Kriterien sind auch für die Paris-Partnerschaften hilfreich. In unserer Publikation „Paris-Partnerschaften – Ein Beitrag zur Neuausrichtung der deutschen Klimaaußenpolitik an den Zielen des Pariser Klima-Abkommens“⁴⁰ argumentieren wir, dass Deutschlands klimapolitisches Bemühen auf der internationalen Ebene bislang keinen ausreichenden Beitrag leistet, um die notwendigen globalen Transformationsprozesse zu befördern: Es fehlt an politischer Ambition, Strategie, Kohärenz und Ressourcen. Die Klimaaußenpolitik Deutschlands braucht daher einen Neustart. Ein zentrales Instrument hierfür sollten Paris-Partnerschaften darstellen – als umfassende Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zwischen Deutschland oder der EU und einem weiteren Land. Die umfangreich mit Vertreter:innen aus relevanten Ministerien und weiteren Akteuren diskutierte Studie beschreibt die Leitprinzipien einer neuen Klimaaußenpolitik und erläutert die Notwendigkeit einer Transformation zur Erreichung der Klima- und Entwicklungsziele. Außerdem werden bestehende Instrumente der bilateralen klimapolitischen Zusammenarbeit Deutschlands analysiert und darauf aufbauend das Konzept der Paris-Partnerschaft konkret ausgearbeitet. Wie solche Partnerschaften gestaltet werden und welche Vorteile sich für die beteiligten Staaten ergeben könnten, zeigen die Länderbeispiele zu Indien, Marokko und der Ukraine. Schließlich argumentieren die Autor:innen für Paris-Partnerschaften als ein Instrument wirksamer Klimaaußenpolitik, die ihr Potential nur im Zusammenspiel mit einer insgesamt ambitionierteren und kohärenteren Gesamtstrategie voll entfalten können. Wir hoffen, dass diese Argumente die klimaaußenpolitische Arbeit der nächsten Bundesregierung inspirieren.

⁴⁰ <https://germanwatch.org/de/19693>.



Immerhin ein persönliches Treffen in der Pandemie: IKP-Teamtage im September 2020 – im Freien und mit AHA-Regeln, immer positiv und engagiert für 1,5°C.

Ausblick

Die 2025-Ziele, die sich das Team Internationale Klimapolitik vergangenes Jahr gesetzt hatte, bestehen weiter. Die Ausrichtung für unsere Arbeit in der internationalen Klimapolitik ist in der Abbildung mit Schwerpunkten für 2021/22 dargestellt. Die Neustrukturierung des Teams hat sich bewährt, so dass wir an der Teamstruktur mit fünf Clustern festhalten, um diese Ziele umzusetzen: Die drei Cluster Klimaschutz, Resilienz und Shifting the Trillions entsprechen den drei Langfristzielen des Pariser Klimaabkommens. Internationale Klimafinanzierung ist die wichtigste Unterstützung für Länder des Globalen Südens für deren Umsetzung – Cluster 4 – und das Querschnittsthema der internationalen Partnerschaften bildet Cluster 5.

Im Vergleich zu 2020 hat sich die Agenda der internationalen Klimapolitik 2021 trotz der Pandemie bereits etwas normalisiert – nicht zuletzt durch das starke Vorantreiben der Planung für die COP26 für November 2021 in Glasgow durch die angehende britische COP-Präsidentschaft. Kurz vor der COP26 wird in Italien der G20-Gipfel stattfinden – der Lackmustest dafür, wie viel Bewegung wir in Glasgow von den G20-Staaten sehen werden, die 80-% der globalen Emissionen verantworten. Große Ungewissheit bleibt bestehen, ob die COP26 in Glasgow in Präsenz ausgetragen werden kann (und in dem Fall mit wie vielen Teilnehmenden), als Hybridveranstaltung abgehalten oder erneut verschoben werden muss. Germanwatch beteiligt sich mit CAN an der Formulierung von Prinzipien für eine gesundheitlich unbedenkliche und klimapolitisch erfolgreiche COP26. Wir werden uns auf das Format einstellen, um wie gewohnt die Prozesse zu begleiten.

Besonderes Augenmerk wird 2022 auf der anstehenden G7-Präsidentschaft Deutschlands liegen. Mit der zurückgekehrten Dynamik bei G7 und dem spannenden Ringen bei G20 – hier blockieren vor allem Australien, Saudi-Arabien und die Türkei – in diesem Jahr und der ersten Bewährungsprobe für die neue Bundesregierung auf internationaler Bühne bietet die deutsche G7-Präsidentschaft ein seltenes Potential, zügig national und international relevante Klimathemen voranzutreiben. Germanwatch wird die G7- und G20-Präsidentschaften eng begleiten und nutzen, um Klimaschutz, Sustainable Finance und internationale Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens voranzutreiben.

Teamziele 2020-2025: Internationale Klimapolitik (IKP)

Klimaschutz

Länder befinden sich auf einem Pfad der sozial-ökologischen, menschenrechts-basierten und gerechten Transformation zu 1,5°C und Treibhausgasneutralität

Transformation von Energiesystemen durch Ausbau von zentralen und dezentralen erneuerbaren Energien, gesteigerte Energieeffizienz und Ausstieg aus fossiler Energie weltweit vorantreiben

Umsetzung wissenschaftsbasierter, 1,5°C kompatibler nationaler Klimapläne im Rahmen des Ambitionsmechanismus der UNFCCC transparent fördern

Durch wissenschaftsbasierte Ansätze wie Climate Change Performance Index und Climate Transparency Report zu peer-to-peer-Druck beitragen, um ambitionierter Klima- und Energiepolitik zu stärken

Unter deutscher G7-Präsidentschaft in 2022 eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik in Agenda und Communiqués verankern

Fachexpertise zu negativen Emissionen, Nature-based Solutions und „overshoot“-Szenarien ausbauen, um zukünftig 1,5°C kompatible Transformationspfade zu unterstützen

Resilienz

Voraussetzungen für transformative Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden u. Verlusten im Sinne der Verletzlichsten sind geschaffen und Maßnahmen werden geschlechter-sensitiv u. menschenrechtsbasiert umgesetzt

Die notwendigen Voraussetzungen für die Verletzlichsten zum angemessenen Umgang mit Klimawandelfolgen schaffen - u.a. durch angemessene Vorsorge- und Schutzmaßnahmen, Kapazitätsaufbau und finanzielle Ressourcen zum Umgang mit unvermeidlichen Schäden und Verlusten unter der UNFCCC und darüber hinaus

Mit dem jährlichen Klima-Risiko-Index die Bewusstseinsbildung für die globale aktuelle Betroffenheit von Klimafolgen und akute Notwendigkeit des Handelns ausbauen

Breite Öffentlichkeit und Fachpublikum für die wachsenden Herausforderungen angemessenen Umgang mit klimawandelbedingter Migration und Vertreibung sensibilisieren

Begleitung des Ortstermins zur Beweisaufnahme in Huaraz und weitere Unterstützung der Klage von Saúl Luciano als Präzedenzfall für neue juristische Möglichkeiten für Betroffene von Klimafolgen und für die Verantwortungsübernahme von Großemittenten

Lenkung der Finanzströme

Finanzflüsse sind kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs

Beiträge dazu leisten, dass Entwicklungsbanken robuste Kriterien für die Ausrichtung aller Investitionen an den Pariser Klimazielen mit ambitioniertem Umsetzungszeitplan präsentieren und Entscheidungsträger:innen Klima & Entwicklung nicht mehr als Widerspruch sehen

Ausschluss der Finanzierung fossiler Energieträger in der Entwicklungs- und Exportfinanzierung durch die Bundesregierung fördern

Eine ambitionierte Sustainable Finance Agenda im Koalitionsvertrag und dem 100 Tage Programm der neuen Bundesregierung durchsetzen

Vorreiterrolle der öffentlichen Hand für konsequente Ausrichtung ihrer Mittelverwendung sowie der Anlagen des Bundes an den Paris-Zielen und dem EU Prüfrahmen für nachhaltige Investitionen (EU Taxonomie) unterstützen.

Ambitionierte Ausgestaltung der Taxonomie und CSRD Richtlinien durch passende deutsche Positionierung fördern

Die Sustainable Finance Agenda in deutscher G7 Präsidentschaft prominent verankern und im G20 Kontext mit internationalen Partnern durch Forschungsbeiträge und Netzwerkarbeit stärken

Finanzierung

Substanzielle Erhöhung der vorhersehbaren Klimafinanzierung über 100 Milliarden USD hinaus bis 2025 ist erzielt und trägt den Bedürfnissen der Verletzlichsten Rechnung

Für die Verhandlungen für ein neues Klimafinanzierungsziel ab 2025, das auf den spezifischen Bedürfnissen der Verletzlichsten, dem Gleichgewicht zwischen Minderung und Anpassung, der Finanzierung von Schäden und Verlusten sowie einer ausreichenden und vorhersehbaren Finanzierung der UN-Klimafonds aufbaut, sind der Prozess zur Zielfestlegung und konkrete Elemente definiert.

Zugang zu Anpassungsfinanzierung und die Hebelung privater Anpassungsfinanzierung durch relevante Wissensbeiträge stärken.

Eine Erhöhung des Anteils der Klimafinanzierung in Entwicklungsförderungsinstitutionen über das jetzige Niveau hinaus einfordern

Die gesamte öffentliche Klimafinanzierung im Einklang mit dem Pariser Temperaturziel, einer klimaresilienten Entwicklung und einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs fördern

Die Rolle der Zivilgesellschaft und Verbesserung des direkten Zugangs der Entwicklungsländer zur Klimafinanzierung stärken

Partnerschaften

Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-) Partnerschaften sind initiiert, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen

Empowerment und Ownership von Süd-NGOs für Umsetzungsinitiativen in nationaler und internationaler Klimapolitik stärken

Förderung von min. 6 Multi-Akteurs-Prozessen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken, um Lösungen zum Umgang mit der Klimakrise für die Verwundbarsten gemeinschaftlich zu entwickeln und umzusetzen

Bi- und multilaterale Partnerschaften für die Umsetzung des Paris-Abkommens und die SDGs initiieren, begleiten und vorantreiben, die den Multilateralismus stärken (v.a. EU-Afrika- und deutsch-indische Partnerschaft)

Erfahrung zur Umsetzung amtsorientierter und menschenrechtsbasierter Klimaschutz- und Resilienzmaßnahmen aus Partnerländern in die deutsche, europäische und internationale Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik hineinbringen (MAP-Auswertung)

Mitarbeiter:innen

	David Ryfisch Teamleiter		Rixa Schwarz Teamleiterin		Bertha Argueta Referentin für Klimafinanzierung und Entwicklung (seit 10/2020)
	Roxana Baldrich Referentin Klimarisikomanagement und Fall Huaraz (bis 12/2020)		Jan Burck Referent für Klimaschutz & Energie, NRW-Fachpromoter für Klima und Entwicklung		David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
	Sophie Fuchs Referentin für Entwicklungsbanken und Klima		Dr. Anja Gebel Projektfinanzcontrollerin (bis 02/2021, dann Team IKP)		Alexandra Goritz Referentin für Entwicklungsbanken und Klima (seit 04/2021)
	Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung und Anpassung		Ursula Hagen Referentin für Klimaschutz & Energiepolitik (bis 02/2021)		Vera Künzel Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte
	Mariana Inés Micozzi Referentin für internationale klimakompatible Finanzflüsse		Franziska Marten Referentin für klimakompatible Finanzflüsse		Kerstin Opfer Referentin Energiepolitik & Zivilgesellschaft – Afrika und Naher Osten, NRW-Fachpromotorin für Klima & Entwicklung
	Milena Ostrower Referentin für klimakompatible Finanzflüsse (bis 08/2021)		Laura Schäfer Referentin für Klimarisikomanagement		Thea Uhlich Referentin für Klimaschutz und Energie (seit 05/2021)
	Martin Voß Referent für Entwicklungsbanken und Klimatransparenz		Björk Lucas Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 (bis 08/2021)	Luisa Hübschen Freiwilliges Ökologisches Jahr 2020/2021 (bis 08/2021)	
	Meret Karenfort Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (seit 08/2021)		Ana Tamblyn Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (seit 08/2021)		

Mit Unterstützung von: Noah Walker-Crawford, Dr. Will Frank, Violeta Helling, Pia Jorks, Emma Opfer, Sarah Ribbert, Dr. Manfred Treber.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Sophia Binz, Amy Newsom, Marie Rittich, Luisa Weber.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Reinhard Loske.

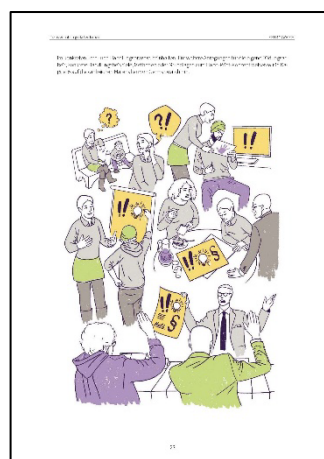
Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das BNE-Team konnte die Herausforderungen, die Bildungsarbeit während der Pandemie in den digitalen Raum zu verlegen, schnell umsetzen und meistern. Über den Einbezug von Südpartner:innen in kurzen digitalen Treffen bis hin zu einer breiten Palette an digitalen Formaten zur Gestaltung von Lern- und Austauschformaten konnten wir rasch einen Fundus aufbauen und professionell einsetzen. Wir freuen uns, dass wieder stärker Präsenzformate den persönlichen Austausch ermöglichen, der für gelingende Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und das Bilden und Zusammenwachsen von Gruppen beim transformativen Engagement so wichtig ist. Mit mehreren erfolgreichen Anträgen konnten auch schon wichtige Teile der Finanzierung für die kommenden zwei Jahre gesichert werden.

Die Transformation durch Begleitung, Beratung und Austausch national und international voranbringen

Mit Workshops, Austausch, Unterstützung im Engagement und Beratung bei strategischen Entwicklungsprozessen hat Germanwatch ein Stück Transformation angestoßen: Der für Strukturveränderung eingesetzte Handabdruck ist bei immer mehr Akteuren als notwendige Ergänzung zur Verringerung des individuellen ökologischen und sozialen Fußabdrucks etabliert.

Engagement mit Hand und Fuß ist unser Motto. Zwar sehen wir die Bildungs- und Sensibilisierungschancen, sich mit dem eigenen, meist viel zu großen sozialen und ökologischen Fußabdruck zu beschäftigen, um Zusammenhänge zu erkennen und persönliche Entscheidungen gegen manchen Konsum zu treffen. Doch hilft erst das strukturverändernde Engagement mit dem wachsenden gesellschaftlichen Handabdruck, auf unterschiedlichen Ebenen und auf Dauer Veränderungen zu bewirken; einen Unterschied zu machen, der einen Unterschied macht. Engagement mit dem Handabdruck bedeutet Rahmenbedingungen bleibend zu verändern, um so Nachhaltigkeit zum Standard oder einfacher ausgedrückt zum „neuen Normal“ zu machen – jede:r findet da seinen Ort des Engagements: Catering beim Fußballturnier, Ökostrom im Betrieb und in der Schule oder Dienstrad statt Dienstwagen. Unsere Bildungsarbeit zum Handabdruck ist in diesem Jahr wichtige Schritte vorangekommen. So wurden neben einer Germanwatch-Weitblick-Ausgabe zu „Transformativem Engagement“ wichtige Publikationen veröffentlicht. Insbesondere zu nennen sind das Hintergrundpapier „Transformation gestalten lernen“ sowie Buch- oder Zeitschriftenbeiträge, wie in „Schulen handeln in der Klimakrise – Leitfaden für transformative Bildung“ – Das iChange School! Guidebook.



Auf den Handabdruck kommt es an: Eine wichtige Publikation war im letzten Jahr das Hintergrundpapier „Transformation gestalten lernen“.

Mit Bildung und transformativem Engagement gesellschaftliche Strukturen verändern⁴¹

In einem Hintergrundpapier zu transformativer Bildung und transformativem Engagement bringen wir Forschungsergebnisse und Erfahrungen von uns und anderen aus der praktischen Bildungsarbeit sowie als politische Umwelt- und Entwicklungsorganisation zusammen. Unser Ziel ist es, Antworten auf folgende Fragen zu geben:

- Wie können wir lernen, unsere Gesellschaft zu transformieren?
- Wann entfaltet Bildung eine „transformativ“ Wirkung – sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene?
- Wie kann Bildung Menschen dazu befähigen und bestärken, Veränderungen selbst wirksam zu gestalten?
- Wie kann ich mich – in meinen Lebens- und Aktionsräumen und darüber hinaus – engagieren, um die Transformation voranzubringen?

Ferner wurde nach langer Vorbereitung in Kooperation mit Brot für die Welt die Website <https://www.handabdruck.eu>⁴² gestartet. Der neue Handabdruck-Test hilft Menschen, in ihrem Aktionsraum die geeignete Transformations- und Handlungsoption zu finden, und berät bei der Umsetzung.



Zusammen mit Brot für die Welt haben wir einen Test entwickelt, der Interessierten und Engagierten hilft, herauszufinden, wie sie ihren Handabdruck für eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft vergrößern können.

⁴¹ <https://germanwatch.org/de/19607>.

⁴² <https://www.handabdruck.eu>.

Mit Anregungen helfen, den persönlichen Handabdruck für eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft zu vergrößern

Für die praktische Umsetzung wurde die Publikation „Dein Handabdruck für die Ressourcenwende. Ein Do-It-Guide zum Loslegen“ erarbeitet und veröffentlicht. Dieser Do-It-Guide bereitet konkrete Ideen zur Vergrößerung des eigenen gesellschaftlichen Handabdrucks für einen nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen auf. Er bietet Anregungen für kreatives und wirkungsvolles Engagement für eine Ressourcenwende. Der Fokus liegt darauf, strukturveränderndes Engagement in einem bestimmten Themenfeld greifbar zu machen und so den Schritt ins wirkungsvolle Handeln für Interessierte zu erleichtern. Dabei werden Handlungsoptionen auf verschiedenen Ebenen vorgestellt – von Ideen für den eigenen Verein oder die eigene Religionsgemeinschaft über Stadtteilprojekte bis hin zu bundesweit organisiertem Engagement. Über die Publikationen hinaus unterstützen wir engagierte Menschen, Gruppen und Initiativen durch Beratung, Begleitung und Austausch.

Die Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition wurde auch im Berichtszeitraum digital und in Präsenz von schulischen und außerschulischen Akteuren erfolgreich in ihre Bildungsaktivitäten eingebunden, allerdings Corona-bedingt in weniger Veranstaltungen.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung national weiterentwickeln und strukturell verankern

Germanwatch übersetzte auszugsweise das UNESCO-Programm BNE2030 und brachte es in landes- und bundespolitische sowie internationale Debatten ein. Dabei machten wir uns für eine politische, gestaltende BNE und ihre breite Verankerung in Förderrichtlinien, Curricula und Lehrerausbildungen stark.

Das UNESCO-Programm BNE2030 hat das Potential, Bildung zu transformativer Bildung umzugestalten. Mehrere Monate, bevor die offizielle deutsche Übersetzung erschien, unterstützten wir Bildungsakteure im deutschsprachigen Raum mit einer gut nachgefragten und häufig zitierten Arbeitsübersetzung. Auf der internationalen und nationalen Auftaktkonferenz zum UNESCO-Programm BNE2030 im Mai 2021 konnten wir uns mit Diskussionsbeiträgen und einer Workshopmoderation einbringen. Die dort verabschiedete Berliner Erklärung fordert, Orte, an denen alle Arten von Bildung stattfinden, stärker mit dem realen Leben zu wirkungsvollerer Mitgestaltung zu verflechten. Sie fordert die Verbreitung von BNE insbesondere in der Ausbildung aller mit Bildung befassten Berufe.

Wir haben unsere Mitarbeit an den UNFCCC-Veranstaltungen zu Bildung (Action for Climate Empowerment, ACE) fortgesetzt. Unser Ziel, dass ACE sich auf BNE2030 bezieht und dass alle Länder in ihren nationalen Berichten (NDCs) auch über ihre (Klima-)Bildungsaktivitäten berichten müssen, wurde erreicht.

Unser Engagement im Netzwerk RENN.west (Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West) wurde fortgesetzt. Mit „bRENNglas Corona-Krise“, einer Online-Seminarreihe zu Corona und nachhaltiger Entwicklung, konnten wir inhaltliche Akzente zu den Themen nachhaltige Agrar- und Ernährungswende, Kreislaufwirtschaft, Energiewende und Klimaschutz, nachhaltiges Bauen und Verkehrswende, schadstofffreie Umwelt, soziale Gerechtigkeit und Gesundheit setzen. Diese Themen orientierten sich an den Themen, die die Bundesregierung in der aktuellen Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als „Transformationsbereiche“ bezeichnet hat. In diesen Bereichen ist mehr als nur ein Nachbessern notwendig, um die SDGs zu erreichen.

Um unsere Forderungen und Anregungen in der Bildungslandschaft bleibend zu verankern, arbeitet das Bildungsteam in einer Arbeitsgruppe des Schulministeriums NRW und in zwei Facharbeitskreisen, beauftragt von der Kultusministerkonferenz, zur Erstellung des Orientierungsrahmens Globales Lernen für die Sekundarstufe II mit.

Mit unserem Engagement im Bundesweiten Promotor:innenprogramm konnten wir wieder Gruppen und Verbände beraten und begleiten und in sehr vielen Einzelveranstaltungen Anregungen zu wirksamem Engagement geben. Oft nachgefragte Themen waren: BNE2030, Handabdruck sowie wirksames Engagement in der Klima- und Biodiversitätskrise.

Über unser Engagement im Bündnis Zukunftsbildung konnten vor allem der Austausch und die Positionsentwicklung zu Bildung und Digitalisierung sowie Bildungsforderungen an die Parteien in der Phase der Wahlprogrammentwicklung erarbeitet und veröffentlicht werden. Während der Corona-Pandemie gab es einen Schub der Digitalisierung im Bildungsbereich. Viel beachtet wurden deshalb unsere Forderungen zu Bildung und Digitalisierung.

Die Bundestagswahl 2021 war für die klima- und entwicklungspolitische Debatte sowie kommende Weichenstellungen sehr relevant. Das Bildungsteam arbeitete mit im Trägerkreis des Klima Pledge und unterstützte Aufrufe zu Klimastreiks.

Ausblick

Unser Ziel ist es, auf unterschiedlichen Ebenen Bildung in Richtung BNE weiterzuentwickeln und dabei auf eine transformative Bildung hinzuarbeiten. Unsere Aktivitäten zum Handabdruck werden in den nächsten Jahren mit mehr Partner:innen eine breitere Basis und mehr Reichweite haben. Um die Wirksamkeit zu erhöhen und auch komplexere politische Zusammenhänge und Strategien des Engagements zu vermitteln, setzen wir vermehrt auf längerfristige Begleitung von Gruppen, Initiativen und Verbänden.

Strategie 2021: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	
BNE machen	BNE politisch
Die Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handeln national und international voranbringen <p>Germanwatch Hand Print: Reichweite steigern, Vermittlung praktischer Handlungskompetenzen, Aufbau eines Multiplikator*innen-Pools und Gruppen längerfristige Begleitung bei Hand Print Projekten anbieten.</p> <p>Challenge-Projekt mit Schulen, Hochschulen, außerschulischen Lernorten sowie Kommunen.</p> <p>Kreative und innovative positive Bildungs- und Zukunfts-/ Utopiengeschichten, Wimmelbild</p> <p>Bildungsarbeit zu Klimagerechtigkeit/Klimaklagen</p> <p>Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition</p> <p>NRW-Promotor*innenprogramm, Entwicklungspolit. Bildungsarbeit</p> <p>BNE im Austausch mit Südpartner*innen weiterentwickeln (KF-R, ECL, ...)</p> <p>RENN.west: (neue) zivilgesellschaftliche Akteure regional vernetzen, politische Nachhaltigkeitsstrategien weiterentwickeln, SDGs & Good Practice verbreiten</p> <p>Umweltpsychologische Komponenten in unserer Nachhaltigkeits- & Klimakommunikation, in BNE und Hand Print weiterentwickeln</p>	Bildung für Nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln und strukturell verankern <p>UNESCO BNE2030 für transformative Bildung nutzen und bekannter machen</p> <p>Bündnis Zukunftsbildung und BMBF Nationaler Aktionsplan BNE; Mitarbeit in der nationalen Plattform und bei Curricula-Entwicklung für Lehrkräfte in NRW</p> <p>Mitgestaltende (Jugend-)Partizipation in Entscheidungs- und Nachhaltigkeitsprozessen</p> <p>BNE-Verständnis & -Praxis durch Impulse aus UNESCO BNE2030 und Paris Art.12 "Action for Climate Empowerment" weiterentwickeln und Impulse aus BNE in die Weiterentwicklung dort einbringen</p> <p>Einsatz für transformativeres Verständnis von BNE auf Bundes- und Länderebene</p>

Mitarbeiter:innen



Stefan Rostock
Teamleiter Bildung
für nachhaltige Ent-
wicklung, NRW-Fach-
promotor für Klima &
Entwicklung



Daniela Baum
Referentin Bildung für nach-
haltige Entwicklung & Re-
gionale Netzstelle Nachhal-
tigkeitsstrategien West –
RENN.west



Melanie Gehenzig
Referentin Bildung
für nachhaltige
Entwicklung



Marie Heitfeld
Referentin Bildung
für nachhaltige
Entwicklung



Alexander Reif
Referent Bildung
für nachhaltige
Entwicklung



Anna Ziermann
Freiwilliges Soziales
Jahr im Politischen
Leben 2021/2022
(seit 08/21)

Mit Unterstützung von Jan Burck (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung seit 4/2020), Kerstin Opfer (NRW-Fachpromotorin für Klima & Entwicklung seit 7/2020).

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Michael Geisler Holger Voigt).

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Theresa Holzer (bis 11/20), Christian Vollmer (bis 12/20).

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Karl-Eugen Huthmacher, Fiona Marker.

Welternährung, Landnutzung und Handel

Die Art, wie die Menschheit sich ernährt und Lebensmittel erzeugt, entscheidet mit darüber, ob die SDGs, die Klimaziele des Pariser Abkommens und der Europäischen Union sowie die Ziele des Europäischen Green Deals erreicht werden können. Die Arbeit des Teams Welternährung, Landnutzung und Handel verfolgt dazu – wie in den letzten Jahren – drei Stoßrichtungen:

Erstens geht es darum, in der europäischen Agrarpolitik konsequent die Weichen in Richtung auf eine klimaverträgliche, ressourcenschonende Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung zu stellen. Die EU-Kommission hat als wichtigen Bestandteil des Europäischen Green Deals die Strategie „Farm to Fork“ (Vom Hof auf den Tisch) vorgeschlagen. Die Strategie setzt zwar richtige und wichtige Ziele, aber sie hat ein entscheidendes Manko: Es fehlen darin konkrete Klimaziele. Damit der Klimaschutz keine Luftbuchung bleibt, engagiert sich Germanwatch dafür, die Mittel in der Agrarpolitik für wirksame Maßnahmen zum Umbau von Tierhaltung und Ackerbau zu verwenden.

Zweitens setzen wir uns dafür ein, dass in Deutschland und Europa bessere Rahmenbedingungen für eine Tierhaltung und eine Fleischerzeugung gesetzt werden, die der menschlichen Gesundheit, dem Tierwohl und der Umsetzung der Klimaziele dienen. Die vorherrschende industrielle Tierhaltung und eng damit verwoben die Fleischindustrie schaden diesen Zielen. Unser Fokus liegt derzeit auf der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen: Infolge des missbräuchlich hohen Antibiotikaverbrauchs in industriellen Tierhaltungen gelangen antibiotikaresistente Keime in die Lebensmittelkette und die Umwelt. In Netzwerken und Allianzen arbeiten wir zudem daran, Nitrat- und Schadstoffeinträge wie Pestizide in der Landwirtschaft zu senken.

Drittens entwickeln wir Empfehlungen für eine andere Handelspolitik, insbesondere für verantwortungsvolle Agrarimporte und -exporte. Unser Ziel ist es, Sojafutterimporte aus Ländern des Globalen Südens und nicht nachhaltige Überschussexporte an Fleisch und Milch zu beenden. Wir wollen damit erreichen, dass europäische Importe nicht mehr Entwaldung und damit einhergehende Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt vorantreiben und europäische Exporte nicht mehr die lokalen Märkte in Ländern des Südens zerstören.

Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Agrarpolitik muss Klima- und Naturschutz ernst nehmen, Tierhaltung an Fläche binden, angemessene Preise für Landwirt:innen erreichen und Exportorientierung überwinden. Germanwatch hat für eine bessere EU-GAP gekämpft, mit kleinen Fortschritten – jetzt geht es um die nationale Umsetzung!

Die Regeln der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sind entscheidend dafür, wie sich die Landwirtschaft in Europa entwickelt. Die Regeln für die nächste GAP-Förderperiode 2021-2027 wurden im Berichtszeitraum beschlossen. In diesem Zusammenhang hatten die EU und ihre Mitgliedstaaten versprochen, die GAP an Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Mit Partnerorganisationen wie dem Europäischen Umweltbüro (EEB), CAN Europe, dem DNR und der Verbändeplattform haben wir uns dafür eingesetzt, dass dieses Versprechen tatsächlich umgesetzt und Zahlungen und Instrumente der GAP umwelt- und klimawirksam gestaltet werden. Ein wichtiges Instrument sind dabei die sogenannten Eco-Schemes, mit denen ein Teil der Direktzahlungen an die Betriebe an ökologische Vorgaben geknüpft werden sollen. In einer Studie, die wir beim Öko-Institut in Auftrag gegeben haben, haben wir gezeigt, dass für den Klimaschutz Anreize für eine an die Futterfläche gebundene Tierhaltung und den Schutz der Moorböden besonders wirksam wären. Die nun beschlossenen neuen Regeln für die GAP bleiben weit hinter der Neuausrichtung der europäischen Landwirtschaftspolitik zurück, die erforderlich wäre, um unsere Lebensgrundlagen – insbesondere das Klima und die Biodiversität – wirksam zu schützen. Immerhin wurde, auch aufgrund unserer Bemühungen,

auf europäischer Ebene erreicht, dass mindestens ein Viertel der Direktzahlungen für Eco-Schemes genutzt werden müssen – allerdings ohne klare Klimavorgabe.

Die konkrete Ausgestaltung der GAP liegt stärker als zuvor bei den Mitgliedsstaaten, die dafür Nationale Strategiepläne entwickeln müssen. In diesem Prozess konnten wir erreichen, dass anerkannt wird, dass die deutschen Klimaziele für die Landwirtschaft nur erreicht werden können, wenn die Tierhaltung verändert wird. In Abstimmung mit unseren Partnerorganisationen in Deutschland arbeiten wir weiter daran, dass im deutschen Plan wirksame Instrumente dafür vorgesehen werden. Dabei stimmen wir uns auch mit unseren EU-Partnern ab, um gemeinsam auf bessere Strategiepläne zu dringen.

Ein weiteres Thema unserer Arbeit war die Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Dabei steht die Frage im Zentrum, ob die Digitalisierung so gestaltet werden kann, dass die Landwirtschaft die Lebensgrundlagen besser schützt und die Landwirt:innen gleichzeitig die Souveränität über ihre Daten behalten. Im Rahmen einer Kurzstudie befragten wir Landwirt:innen und landwirtschaftliche Dienstleiter:innen in Bayern zu dieser Thematik und erarbeiteten Empfehlungen für die Digitalisierung im Sinne einer Ökologisierung der Landwirtschaft.

Grundlegende Reform der Tierhaltung

Für Mensch und Tier, Umwelt und Klima: Tierproduktion muss umgebaut und insgesamt deutlich reduziert werden. Germanwatch hat per Studie belegt: Eine der größten Gefahren für den Eintritt in eine Welt ohne wirksame Antibiotika ist der massenhafte Einsatz von (Reserve-)Antibiotika in der Tierhaltung. Germanwatch hat viele Parlamentarier:innen im EU-Parlament mit Argumenten und Vorschlägen für bessere Regeln versorgt.

Die aktuellen Dimensionen der Tierproduktion gehen mit vielerlei negativen Auswirkungen einher. Darauf weisen wir seit Jahren kontinuierlich hin. Der Großteil der landwirtschaftlich genutzten Tiere wird zu inakzeptablen Bedingungen gezüchtet, gehalten, transportiert und getötet. Die Umwelt wird vielfach belastet – auch der Klimawandel wird durch die industrielle Tierhaltung mit vorangetrieben. Für uns Menschen erwachsen daraus ernsthafte Bedrohungen: sei es bezüglich unserer Gesundheit, des Verlusts unserer Lebensgrundlagen (Klima, Biodiversität, sauberes Grundwasser) oder auch durch Ungerechtigkeiten, wenn z. B. Fleisch- und Milchprodukte aus dem globalen Norden die Märkte des globalen Südens zerstören.

Ein maßgebliches Hilfsmittel, mit dem diese hochproblematische Art der Produktion aufrechterhalten werden kann, ist der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung. Damit werden bestehende Probleme in der Zucht, Haltung und Fütterung von Tieren überdeckt, aber gleichzeitig wird eine der größten Gesundheitsgefahren für Menschen befördert: die Ausbildung und Verbreitung von antibiotikaresistenten Erregern. Diese Gefahr sichtbar zu machen, bildete weiterhin den Kern unserer Arbeit. Unseren Wirkungsradius weiteten wir dabei zuletzt auf die europäische Ebene aus. Hier laufen derzeit entscheidende Gesetzgebungsprozesse, über die eine deutliche Reduktion des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung erreicht werden könnte. Neben der allgemeinen Antibiotikareduktion müssen zudem bestimmte Antibiotika, die für die menschliche Gesundheit als letzte Hilfe bei auftretenden Resistenzen von höchster Bedeutung sind und gemeinhin als „Reserveantibiotika“ bezeichnet werden, vom Einsatz in der Tierhaltung ausgeschlossen werden.

Bereits in den vergangenen Jahren konnten wir antibiotikaresistente Erreger auf Fleisch aus deutschen Discounter nachweisen.⁴³ Unsere im Herbst veröffentlichte europaweite Studie belegt eine

⁴³ <https://www.germanwatch.org/de/16437>.

solche Kontamination auch für jedes zweite Huhn aus Europas größten Geflügelschlachthöfen.⁴⁴ Äußerst alarmierend ist darüber hinaus, dass im Schnitt etwas mehr als ein Drittel aller Hähnchenfleischproben mit Erregern belastet waren, die gegen sog. Chinolone resistent sind. Chinolone zählen laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einer der wichtigsten antimikrobiellen Wirkstoffgruppen für Menschen. Mit der sehr breiten Berichterstattung über die Studie in den Medien erreichten wir eine hohe Reichweite und konnten das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die Problematik erhöhen. Nicht zuletzt aber dient uns die Studie auch als unentbehrliche Grundlage für unsere politische Arbeit. Hier galt es im vergangenen Jahr zum einen die Entstehung eines nationalen Tierarzneimittelgesetzes (TAMG) zu begleiten.⁴⁵ Im durch Bundestag und Bundesrat im Juni 2021 beschlossenen Gesetz fand unser Anliegen eines Verbots von Reserveantibiotika in der Tierhaltung vorerst keinen Niederschlag. Umso wichtiger war es daher zum anderen, von vornherein auch die weitere gesetzliche Ausgestaltung der neuen EU-Tierarzneimittelverordnung, die am 28. Januar 2022 in Kraft treten soll, von außen zu begleiten.⁴⁶ Zur Umsetzung dieser Verordnung erlässt die EU-Kommission sogenannte delegierte Rechtsakte. Die Analyse der Entwürfe dieser Rechtsakte und Formulierung von Empfehlungen für eine möglichst wirksame Ausgestaltung sind derzeit ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir arbeiten hierbei eng mit europäischen Partnerorganisationen aus verschiedenen Bereichen zusammen. Beispielsweise wandten wir uns gemeinsam mit Organisationen aus den Bereichen der Humanmedizin sowie des Umwelt- und Tierschutzes an die Mitglieder des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI).⁴⁷

Über unsere Antibiotika-Arbeit hinaus behalten wir auch die allgemeinen Entwicklungen zur Tierhaltung im Blick. Auf europäischer Ebene sind dafür viele Prozesse u. a. rund um den European Green Deal und der dazu gehörenden Farm to Fork-Strategie von Bedeutung, ebenso wie die Entwicklungen zur geplanten Revision der europäischen Tierschutzgesetzgebung. Auf nationaler Ebene werden wir verfolgen, wie die Empfehlungen der sog. Borchert-Kommission zum Umbau der Nutztierhaltung, die 2019 von der Bundeslandwirtschaftsministerin egesetzt wurde, und vor allem auch der Zukunftskommission Landwirtschaft von der Politik aufgegriffen werden. Aus diesen beiden Berichten ergibt sich die Chance, den notwendigen Umbau der Tierhaltung und die ebenso notwendige nachhaltige Reduktion der Tierbestände und des Tierkonsums auf Basis eines von vielen politischen Akteuren gemeinsam getragenen Konsenses in die Wege zu leiten.

Globale Märkte stärker regulieren

Germanwatch setzt sich für ein globales Handelssystem ein, das Menschenrechte, Umwelt und Klima schützt. Unserer Analysen zeigen: Das Geplante EU-Mercosur-Abkommen erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir entwickeln Alternativen. Ein Schwerpunkt: Entwaldung in europäischen Lieferketten stoppen.

Der globale Agrarhandel muss anders gestaltet werden, damit er der Zerstörung der Lebensgrundlagen nicht weiter Vorschub leistet. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Berichtszeitraum war die Analyse des Handels zwischen der EU und den Ländern des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay). Über die Arbeitsgruppe Handel des Forums Umwelt und Entwicklung, die Germanwatch mitkoordiniert, trugen wir außerdem zur zivilgesellschaftlichen Koordination und Positionsbildung auch zu anderen Aspekten der Handelspolitik bei.

Ende 2020 veröffentlichten wir eine Studie, in der wir aufzeigten, welche SDGs durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur gefährdet werden. Einen Überblick über

⁴⁴ <https://www.germanwatch.org/de/19459> u. <https://www.germanwatch.org/de/19460>.

⁴⁵ <https://www.germanwatch.org/de/20295>.

⁴⁶ <https://www.germanwatch.org/de/19414>.

⁴⁷ <https://www.germanwatch.org/de/20439>.

die Konsequenzen einer Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens und Empfehlungen für Nachhaltigkeit in der europäischen Handelspolitik bietet unser Factsheet „Internationalen Agrarhandel nachhaltig gestalten“.

Seit Frühjahr 2021 beschäftigen wir uns intensiv mit der Frage, welche Instrumente die EU nutzen könnte, um zu verhindern, dass ihre Importe von Soja und Rindfleisch die Entwaldung in anderen Teilen der Welt, insbesondere im Mercosur, vorantreiben. Im Rahmen eines dreijährigen Projektes wollen wir hierzu verschiedenen Regulierungshebel untersuchen und Empfehlungen formulieren. Da neben der EU China der größte Importeur dieser Agrarrohstoffe ist, streben wir dazu auch den Dialog mit chinesischen Expert:innen an.

Ausblick

Im kommenden Jahr wird die agrarpolitische Ausrichtung einer neuen Bundesregierung – insbesondere die Umsetzung der Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission – im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen. In der nationalen Umsetzung der GAP werden wir weiter für konkreten Klimaschutz streiten. Auf europäischer Ebene werden wir unsere Arbeit zu Antibiotika fortsetzen und unser Partner:innen-Netzwerk zu diesem Thema stärken. Evtl. werden wir eine Klage in diesem Bereich unterstützen. Auch im kommenden Jahr werden wir uns für eine internationale Handelsordnung einsetzen, die internationale Vereinbarungen zum Schutz von Menschenrechten, Klima und Umwelt einhält. Geplant sind die Ausrichtung mehrerer transnationaler Webinare, die Teilnahme an Dialogveranstaltungen sowie die Erstellung von Fachpublikationen zu Ansätzen der EU und Chinas zu entwaldungsfreien Lieferketten aus den Mercosur-Staaten.



Mitarbeiter:innen



Konstantinos Tsilimekis
Teamleiter (seit 10/2021;
bei Germanwatch seit 04/2021)



Lutz Weischer
Kommissarischer Teamleiter
(bis 10/2021)



Reinhild Benning
Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung
(bis 12/2020)



Katharina Brandt
Referentin für Landwirtschaft



Tobias Reichert
Referent für Agrarpolitik und Welthandel | Projektleiter Klimafreundliche Landwirtschaft



Emma Busch
Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021
(bis 08/2021)



Caroline Groß
Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022
(seit 08/2021)

Mit Unterstützung von: Veronika Daeges, Friederike Teller, Dr. Winfried Zacher.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Jette Banning.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Reinhard Loske, Dr. Klemens van de Sand, Michael Windfuhr.

Pressearbeit

Der Berichtszeitraum 2020/21 war der erste, der vollständig unter dem Eindruck der Corona-Pandemie stand. Dies hat unsere Pressearbeit maßgeblich beeinflusst. Präsenz-Pressegespräche waren nahezu in der gesamten Zeit nicht möglich, daher sind wir auf digitale Formate ausgewichen. Auch unser Klima-Risiko- und der Klimaschutz-Index konnten erstmals ausschließlich virtuell vorgestellt werden – zudem noch ohne den internationale Medienaufmerksamkeit sichernden Rahmen einer Weltklimakonferenz. Und nicht zuletzt wurde die Pressearbeit ganz überwiegend aus dem Home-office gesteuert. Unter dem Strich ist dies alles sehr gut gelungen. Wir konnten Quantität und Qualität unserer Pressearbeit und die Medienresonanz im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit auf hohem Niveau stabilisieren. Künftig werden wir in der Pressearbeit und insbesondere in der Berliner Medienlandschaft noch präsenter sein können: Seit Juli dieses Jahres verstärkt Katarina Heidrich Germanwatch als Pressereferentin im Berliner Büro. Damit entsteht auch erstmals ein Pressteam unter der Leitung des Pressesprechers Stefan Küper.

Durch die Corona-bedingte Verschiebung der Weltklimakonferenz fiel im Berichtszeitraum einer unserer traditionell stärksten Anlässe zur Berichterstattung weg. Doch auch ohne diese Bühne wurden unsere Indizes CRI und CCPI ähnlich oft zitiert wie in den Vorjahren.

Die diesmal virtuell vorgestellten Indizes – Klimaschutz- und Klima-Risiko-Index – gehörten erneut zu den mit Abstand meistzitierten Projekten im zurückliegenden Berichtszeitraum. Allein der Klimaschutz-Index – vorgestellt zum 5. Jahrestag des Paris-Abkommens – kommt weltweit auf fast 2.000 Nennungen, darunter in der Washington Post, The Independent^{48,49} und The Times of India⁵⁰ sowie in Deutschland u.a. im Spiegel⁵¹, in der Tagesschau⁵², den heute-Nachrichten⁵³ oder auch in der F.A.Z. (Print). Der Klima-Risiko-Index – vorgestellt wenige Wochen später – kommt auf knapp 1.500 Zitierungen, darunter Forbes⁵⁴, The Indian Express⁵⁵, El Pais⁵⁶ sowie in Deutschland mehrfach im Spiegel, in der Tagesschau⁵⁷, bei heute⁵⁸ oder auch im Handelsblatt⁵⁹. Insbesondere der Klimaschutz-Index wird dabei auch immer mehr in großen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zitiert und vorgestellt.

Im klimapolitischen Bereich waren wir daneben aber auch oft gefragte Expert:innen zu Themen der EU-Klimapolitik, des europäischen Bahnverkehrs, der neuen Rolle der USA unter Präsident Biden, oder im Bereich Sustainable Finance, um nur einige Themen exemplarisch zu nennen. Beim Thema „Zug statt Flug“ in Europa hatten wir Medienresonanz vor allem in Zusammenhang mit einer von uns in Auftrag gegebenen Umfrage⁶⁰.

⁴⁸ www.independent.co.uk/climate-change/news/paris-agreement-climate-crisis-anniversary-b1769659.html.

⁴⁹ www.independent.co.uk/climate-change/news/paris-agreement-climate-change-policy-tracker-b1766928.html.

⁵⁰ <https://timesofindia.indiatimes.com/india/cleantech-energy-efficiency-push-in-indias-climate-action-plan/articleshow/83610937.cms>.

⁵¹ www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimaschutz-index-diese-laender-tun-am-meisten-fuer-den-klimaschutz-a-70055215-20ad-4c59-a02a-2ced90dcef99.

⁵² www.tagesschau.de/ausland/klimaschutz-index-105.html.

⁵³ www.zdf.de/nachrichten/panorama/klimaschutz-deutschland-windkraft-steinkohle-100.html.

⁵⁴ www.forbes.com/sites/dishashetty/2021/01/25/in-2019-mozambique-zimbabwe-and-the-bahamas-hardest-hit-by-extreme-weather-events/.

⁵⁵ <https://indianexpress.com/article/india/india-seventh-on-index-of-countries-impacted-by-climate-change-in-2019-7161722/>.

⁵⁶ <https://elpais.com/clima-y-medio-ambiente/2021-01-24/espana-pierde-al-ano-700-vidas-y-900-millones-de-euros-por-los-eventos-meteorologicos-extremos.html>.

⁵⁷ www.tagesschau.de/ausland/europa/welt-klima-index-101.html.

⁵⁸ www.zdf.de/nachrichten/panorama/klima-risiko-index-2021-100.html.

⁵⁹ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klima-risiko-index-deutschland-stark-vom-klimawandel-betroffen/26847160.html?ticket=ST-3966363-EGXVPLSFRZ6gnOarcRdt-ap6.

⁶⁰ www.nzz.ch/panorama/reisen-nach-corona-warum-nachtzuege-den-zeitgeist-treffen-ld.1626791.

Bei deutschen Medien ist Germanwatch als NRO bekannt, die eine starke klimapolitische Kompetenz hat, aber auch weitere wichtige Themen abdeckt – von Wirtschaft und Menschenrechten über Agrarpolitik bis hin zu Antibiotikaresistenzen. Germanwatch arbeitet jetzt daran, auch im Ausland mit Themen jenseits der Klimakrise noch bekannter zu werden.

Auch bei Themen, die wenig oder nur zum Teil klimapolitischen Bezug haben, waren unsere Einschätzungen oft gefragt: so zum Lieferkettengesetz (z.B. im WDR: hier⁶¹ ab 9:30 min) oder auch zur neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU⁶². Dabei wird immer wieder deutlich, dass wir bei deutschen Medien als Organisation bekannt sind, die neben klimapolitischer Expertise auch große Kompetenz bei Themen der Unternehmensverantwortung, der Bildung für nachhaltige Entwicklung oder im Agrarbereich hat. Bei ausländischen Medien sind wir hingegen bei Nicht-Klima-Themen noch nicht so bekannt. Dies zu ändern, daran wollen wir in den kommenden Jahren verstärkt arbeiten. Dabei kann uns auch folgende Lehre aus der von der Pandemie geprägten Zeit helfen:

Die Corona-Pandemie hat Kommunikationswege verschoben. Virtuelle Pressekonferenzen sind heute Normalität – und werden in vielen Fällen besser besucht, da der Aufwand für die Journalist:innen geringer ist. Das ist eine wichtige Lehre auch für die Zeit nach der Pandemie.

Pressekonferenzen und Hintergrundgespräche waren bis vor der Corona-Pandemie fast immer analoge Veranstaltungen. Die Corona-Pandemie hat diese Form der Kommunikation mit Medien in den virtuellen Raum verschoben. Was vor allem zu Beginn wie ein Nachteil wirkte, da die persönliche Begegnung weitestgehend entfiel, zeigte mit der Zeit aber auch Vorteile auf. Die Teilnahme für Journalist:innen ist deutlich einfacher und zeitsparender, Hürden wie Reisewege zum Ort des Gesprächs entfallen. Für viele Journalist:innen im Ausland war so überhaupt erst die Teilnahme möglich. Viele unserer Pressegespräche erfreuten sich deutlich größerer Resonanz, als es bei Präsenzveranstaltungen der Fall gewesen wäre. Dies wollen wir auch in Zukunft verstärkt nutzen, ohne dabei auf den direkten Kontakt – sobald dieser wieder risikoarm möglich ist – zu verzichten.

Ausblick

Neben den genannten Entwicklungen werden wir im nun von einer auf zwei Personen vergrößerten Presseteam auch mehr Zeit haben, die interne Fortbildung der Fachkolleg:innen zu verstärken. Dabei wird es darum gehen, Basiswissen für Interviews und O-Töne zu vermitteln und regelmäßig aufzufrischen sowie die Kolleg:innen in Grundlagen der Kommunikation mit Journalist:innen weiter zu qualifizieren. Überdies werden wir vor allem im Social Media-Bereich die Zusammenarbeit mit dem Team Öffentlichkeitsarbeit noch weiter verstärken, um die klassische Pressearbeit optimal mit weiteren digitalen Kommunikationskanälen verschränken zu können.

Mitarbeiter:innen



Stefan Küper
Pressesprecher



Katarina Heidrich
Pressereferentin
(seit 07/21)

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

⁶¹ <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-echo-des-tages/audio-echo-des-tages---ganze-sendung-330.html>.

⁶² www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gap-eu-landwirtschaft-1.5307127.

Öffentlichkeitsarbeit

Kommt gut an: Wir freuen uns über unseren neuen Newsletter Germanwatch°Kompakt. Hier informieren wir regelmäßig und anschaulich über unsere Themen. Mit einem Klick direkt zu weiterführenden Infos, Publikationen oder Mitmach- und Unterstützungsmöglichkeiten: www.germanwatch.org/Germanwatch-Kompakt



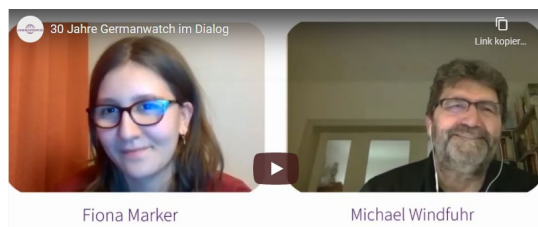
30 Jahre Gerechtigkeit gemeinsam gestalten: Im Jubiläumsjahr schauen wir nach vorne und zurück. Manche klima- und entwicklungspolitischen Meilensteine wären ohne Germanwatch erst später oder evtl. nicht erreicht worden. Dazu gibt es nun eine multimediale Seite: www.germanwatch.org/30

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen gemeinnützigen Inhalte der Germanwatch-Arbeit – über die Pressearbeit hinaus – zielgruppengerecht an eine informierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Dies geht von der strategischen Kommunikationsplanung und deren Umsetzung bis hin zu Redaktion, Layout und Distribution. So setzten wir im Berichtszeitraum – orientiert an unseren zentralen Zielen – viele hundert Einzelmaßnahmen um: Dazu zählten Studien und Positionspapiere für Entscheidungsträger:innen, Blog-Beiträge oder auch Erklärvideos.

Weiterhin wurden wieder zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Unterstützer:innen-Magazin EINBLICK, Newsletter „Germanwatch°Kompakt“) herausgegeben und an eine wachsende Zahl von Abonnent:innen versandt. Immer mehr Menschen verfolgen und teilen unsere Inhalte auch in den Sozialen Medien und tragen so dazu bei, dass unsere Botschaften noch weiter gestreut werden (siehe Tabelle). Auf den folgenden Seiten haben wir eine Auswahl der inhaltlichen Schwerpunkte unserer Kommunikationsarbeit sowie einige Erfolge und Meilensteine zusammengestellt.

30 Jahre Gerechtigkeit gemeinsam gestalten

Das Jahr 2021 steht auch im Zeichen des 30-jährigen Bestehens von Germanwatch. Anlässlich unseres runden Jubiläums haben wir auf unserer „Geburtsstagsseite“⁶³ mehr als 30 Erfolge unserer Arbeit zusammengetragen. Neben einem Rückblick behalten wir aber auch die nächsten 30 Monate im Blick – mit positiven Visionen, Mut und Möglichkeiten zur Partizipation.



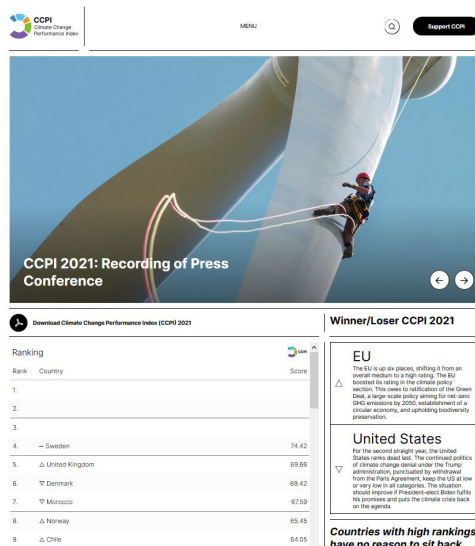
Was kommt dabei heraus, wenn man ein Germanwatch-Urgestein mit einer Vertreterin der Generation „FridaysForFuture“ an einen virtuellen Tisch setzt, um über Germanwatch zu sprechen? Im kurzweiligen Video⁶⁴ erfahren Sie, was es mit dem Entwicklungsland Deutschland auf sich hat, wo Germanwatch hinschaut und wie es überhaupt zu dem Namen kam. Und Kühe spielen auch eine Rolle ...

⁶³ <https://www.germanwatch.org/de/30>.

⁶⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=8jelLUGeTVo>.



Relaunch: Website zum Climate Change Performance Index (CCPI)



Zur Veröffentlichung des CCPI 2021 ging die neu erstellte Projektwebsite⁶⁵ online. Das neue Design der Website ermöglicht eine intuitive Bedienung, bei der die wesentlichen Aussagen des Indexes im Vordergrund stehen.

Die Visualisierung des globalen Rankings und die detaillierten Länderseiten wurden an die Gestaltung angepasst und enthalten interaktive Funktionen.

Recht auf Zukunft: Epochaler Beschluss des Bundesverfassungsgerichts



Die Entscheidung ist bahnbrechend und historisch (siehe Kapitel 'Deutsche und Europäische Klimapolitik'). Germanwatch, Greenpeace und Protect the Planet, die eine der Verfassungsbeschwerden gemeinsam unterstützt haben, freuen sich mit den jungen Kläger:innen und der Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen über diesen Erfolg

Was bedeutet die Entscheidung aus Karlsruhe rechtlich und politisch? Auf unserer Website⁶⁶ haben wir alle relevanten Informationen dazu zusammengefasst und beantworten in unseren FAQ zentrale Fragen rund um den Beschluss. Nach der Entscheidung ist unsere Arbeit aber noch nicht getan. Die praktische Umsetzung des Urteils werden wir weiterhin aufmerksam begleiten und mitgestalten. In

⁶⁵ <https://www.ccpi.org/>.

⁶⁶ <https://www.germanwatch.org/verfassungsbeschwerde>.

unserem Online-Fachgespräch am 21.06.2021⁶⁷ sprachen wir mit unseren Gästen über die konkreten Auswirkungen des Beschlusses und über die nächsten Schritte für mehr Klimaschutz durch Rechtsgestaltung.

Bundestagswahl 2021: Es geht ums Handeln – jetzt!



Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts befindet sich die deutsche Politik im Bundestagswahlkampf. Angesichts der globalen Krisen steht Deutschland im September vor einer Richtungswahl: Wir brauchen eine Politik, die an Menschenrechten, planetaren Grenzen und Gerechtigkeit orientiert ist, um die Grund- und Freiheitsrechte auch für die jungen und die kommenden Generationen hier und anderswo zu sichern. Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz, dem Europäischen Green Deal, dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren SDGs sind auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene maßgebliche Bezugspunkte für die Politik gesetzt.

Auf unserer Themenseite zur Bundestagswahl⁶⁸ haben wir „10 Kernforderungen von Germanwatch“ und ergänzende detaillierte Papiere unserer Dachverbände sowie weitere relevante Informationen zusammengestellt.

Mit der Klima-Pledge-Kampagne konnten wir zusammen mit Partnerorganisationen 377.935 Menschen „ins Handeln bringen“ und dazu bewegen, die Bundestagswahl zur Klimawahl zu machen.



⁶⁷ <https://www.germanwatch.org/de/20397>.

⁶⁸ <https://www.germanwatch.org/bundestagswahl2021>.

Publikationen

Wir danken allen Autor:innen, Redakteur:innen, Grafiker:innen, Illustrator:innen, Programmierer:innen, Layouter:innen, Übersetzer:innen und anderen Dienstleister:innen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

	2021	2020	2019	2018	2017	2016
Ausgaben der Zeitung WEITBLICK (Auflage je ca. 100.000)	2 (1 weitere in Vorbereitung)	1	4	3	4	3
Weitblick-Abos	15.058	15.016	14.749	14.593	14.414	14.166
Germanwatch°Kompakt-Empfänger:innen (seit 2021, ehemals Kurznachrichten und KlimaKompakt-Abos)	8.701	-	-	-	-	-
Facebook-Abos	7.650	6.553	6.055	4.692	3.900	2.790
Twitter Follower	10.150	7.680	5.030	3.290	-	-

Tabelle C.1: Übersicht Abonnent:innen und Publikationen – mit Vorjahreszahlen (Stand: August des Berichtsjahres).

Unser vielfältiges Informationsangebot von A-Z

Aktiv werden (Petitionen, Tipps etc.): <https://www.germanwatch.org/aktiv-werden>

Blog-Beiträge: <https://www.germanwatch.org/blog>

Erfolge & Meilensteine: <https://www.germanwatch.org/erfolge>

Facebook: <https://www.facebook.com/germanwatch>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/germanwatch>

Mitglied werden: <https://www.germanwatch.org/mitgliedsformular>

Newsletter Germanwatch°Kompakt: <https://www.germanwatch.org/GermanwatchKompakt>

Pressemitteilungen: <https://www.germanwatch.org/de/presse>

Publikationen bestellen/herunterladen: <https://www.germanwatch.org/publikationen>

Spenden: <https://www.germanwatch.org/spendenformular>

Themenvielfalt von Germanwatch: <https://www.germanwatch.org/unsere-themen>

Transparenz & Vertrauen: <https://www.germanwatch.org/transparenz-und-vertrauen>

Twitter: <https://www.twitter.com/germanwatch>

Veranstaltungen: <https://www.germanwatch.org/termine>

Videos auf Youtube: <https://www.youtube.com/germanwatch>

Zeitung WEITBLICK: <https://www.germanwatch.org/abos>

Mitarbeiter:innen

	Hanna Fuhrmann Teamleiterin		Pascal Molinario Teamleiter		Dr. Marlene Becker Referentin für Klimaklage-Kommuni- kation (seit 05/2021)
	David Hübner Referent für Fundrai- sing, Mitglieder- & Spen- denservice (seit 03/2021)		Fabian Kaske Referent für digitalen Di- alog (seit 01/2021)		Janina Longwitz Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsar- beit
	Jolke Mertesacker Volontärin Spenderbe- treuung und Kommuni- kation (bis 10/2020)		Tobias Regesch Referent für digitale Kommunikation (seit 07/2020)		Tobias Rinn Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsar- beit (seit 06/2021)
	Caroline Schroeder Referentin für Klimaklage-Kommuni- kation		Anna Wolter Referentin für Social Me- dia und Community Ma- nagement (seit 07/2021)		
	Vanessa Lippert Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 (bis 08/2021)		Jurek Lorber Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (seit 08/2021)		

Mit Unterstützung von Daniela Baum, Ljiljana Djuric, Dr. Gerold Kier und Andrea Taubert.

Praktikant:innen: Jasmin Cool, Carolin Groß.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Die Zivilgesellschaft ist die erneuerbare Energiequelle für die Gesellschaft. In den letzten Monaten haben wir das etwa sowohl durch Fridays for Future als auch durch die Anti-Rassismus-Bewegungen erlebt. Die Zivilgesellschaft hat drei zentrale Aufgaben: erstens Parlament, Regierung und Unternehmen zu „belagern“, also Druck zu machen; zweitens als „Lotse“ Anregungen zu geben, den so gewonnenen Handlungsspielraum in Politik und Wirtschaft wirkungsvoll zu gestalten; drittens die allgemeine Akzeptanz für Gerechtigkeit, Menschenrechte und den Schutz der Lebensgrundlagen auch in solchen Gruppen und Initiativen zu stärken, bei denen diese Themen nicht im Zentrum ihrer Tätigkeit stehen.

Im Sinne dieser drei Aufgaben arbeitet Germanwatch eng mit ausgewählten Organisationen, Partner:innen und Persönlichkeiten zusammen. Die Vernetzung ist wichtiger Teil unserer Arbeitsweise: einerseits, weil wir viel durch die Dialogpartner:innen, ihre Kompetenz und Perspektive lernen, andererseits, weil wir somit oft politische Forderungen unterstützen, die durch ein breites Bündnis von Organisationen und eine hohe Zahl von Menschen getragen werden. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für die gemeinwohlorientierten Ziele, für die wir uns einsetzen, erreichen. Wir können in diesem Sinne konstruktiven Druck erzeugen, vielfältige „Lotsentätigkeiten“ in Politik und Wirtschaft übernehmen und andere Akteure der Zivilgesellschaft unterstützen. All dies hilft, mit unserer Expertise zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen mitzugestalten.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter:innen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Bits & Bäume-Netzwerk +++ Climate Action Network (CAN | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO₂GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Initiative Lieferkettengesetz +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Runder Tisch Reparatur +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kap. C). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz, etwa die Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss im Kontext der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, an der die Vorstandsvorsitzende Silvie Kreibiehl teilnimmt, oder SDSN Germany oder die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. In den beiden letzteren sind wir mit unserem Ehrenvorsitzenden Klaus Milke im Lenkungsgremium vertreten.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" +++ AMR (Antimicrobial Resistance) Stakeholder Network +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine-Welt-Netz NRW +++ Eine-Welt-Netzwerk Bayern +++ Erlassjahr.de +++ Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++

GoodElectronics Netzwerk +++ Green Legal Impact +++ Greenskies +++ LAG21 - Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ +++ Transport & Environment (T&E) +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 Zustifter:innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten drei Jahren hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu etablieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs auf die G20-Länder fokussiert voranbringen will.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer:innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle Verbraucher:innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in diese Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertreter:innen des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.germanwatch.org



www.stiftungzukunft.de



www.germanwatch.org/stiftung



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2020

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Das Jahresergebnis 2020 weist erfreulicherweise einen Überschuss in Höhe von 166.553,13 Euro auf. Ein solcher Überschuss ist für Germanwatch von großer Bedeutung. Er erlaubt es der Organisation, eine gewisse Rücklage zu bilden, die immer wieder einmal als Liquiditätspuffer benötigt wird, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können. Ideal wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von mindestens 4-6 Monaten vorhalten könnte. Dies ist wichtig für die Arbeitsplatzsicherheit unserer Mitarbeitenden und für verbindliche Vertragszusagen wie Mietverträge. Mit dem Jahresergebnis 2020 steigen die Rücklagen von Germanwatch auf knapp über eine Million Euro an, was in etwa den Ausgaben von zwei Monaten entspricht. Es ist sehr erfreulich, dass Germanwatch diese Rücklage während der vergangenen Jahre kontinuierlich erweitern konnte, so auch 2020.

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2020 betrugen 6.037.764,39 Euro (+ 6,61 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 92 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2019 ging der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 40,6 % zurück. Dies ist insbesondere durch die Corona-bedingt verringerten Einnahmen der Schul- und Bildungsveranstaltungen begründet. Das Volumen der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ konnte gegenüber dem Vorjahr um 22 % (vgl. Tab. E.2b bzw. E.2c) erhöht werden. Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z.B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Bei der Höhe der Einnahmen ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner:innen für deren Arbeit in Kooperationsprojekten bestimmt ist („externe Projektarbeit“ in Tab. E.1). Beispiele hierfür sind die von Engagement Global aus Mitteln des BMZ geförderten Projekte zu Multi-Akteurs-Partnerschaften, bei denen wir mit Partnerorganisationen im Ausland zusammenarbeiten. Zieht man die Einnahmen für externe Projektarbeit ab, betragen die Gesamteinnahmen von Germanwatch im Jahr 2020 insgesamt 5.188.193,67 Euro.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2a-c). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen Anstieg auf 99.615,36 Euro aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl (von 810 auf 835 im Jahr 2020). Einen spürbaren Zuwachs konnten wir im Bereich der Spendeneinnahmen verzeichnen: Die allgemeinen und zweckgebundenen Spenden stiegen um rund 10,3 % auf insgesamt 751.864,95 Euro. Bei den zweckgebundenen Spenden handelt es sich überwiegend um Projektgelder, die Germanwatch von Stiftungen wie beispielsweise Barthel Stiftung, Eleonore-Beck-Stiftung, Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand), BMW Foundation und Stiftung Zukunftsfähigkeit erhielt.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeinen Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil der Einnahmen aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z.B., um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zugunsten unserer am Gemeinwohl orientierten Ziele reagieren, neue Projekte initiieren oder kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch sichern zu können. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten haben Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

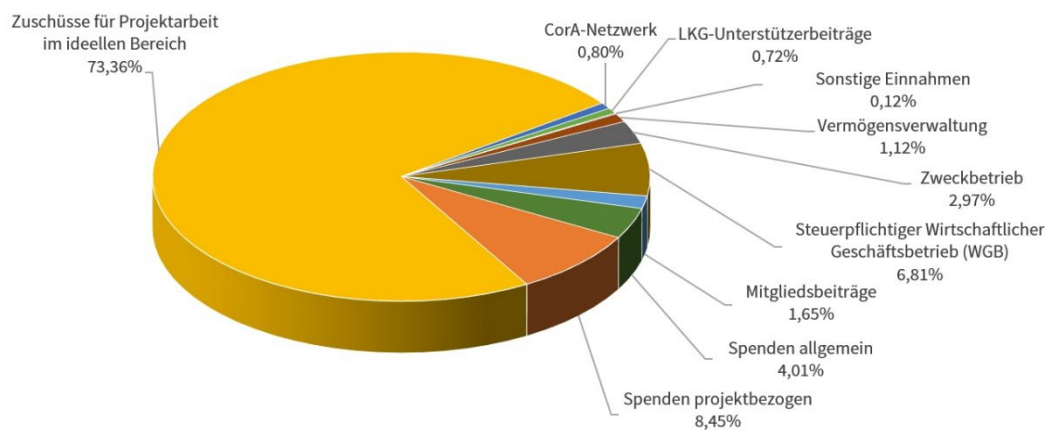


Abb. E.1: Einnahmen

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spender:innen, Zuschussgebern (vgl. Tab E.2) sowie Zustifter:innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge und die ausdauernden Anstrengungen unserer Mitarbeiter:innen, Freiwilligen und Praktikant:innen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 5.371.688,11 Euro, dies entspricht 91,6 % der Gesamtausgaben, entfällt der weitaus größte Teil der Arbeit von Germanwatch auf Projektarbeit. Diese Arbeit wird von unseren fünf politischen Fachteams geleistet: Internationale Klimapolitik (42,2 % der gesamten Ausgaben), Deutsche und Europäische Klimapolitik (24,8 %), Unternehmensverantwortung (9,4 %), Welternährung, Landnutzung und Handel (6,8 %), Bildung für Nachhaltige Entwicklung (6,3 %). Zusätzlich entfallen 2,1 % auf teamübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen 3.657.429,26 Euro (entspricht circa 63 % der Gesamtausgaben aus laufender Tätigkeit) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im Globalen Süden, zugutekommen. Hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Globalen Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Und dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z.B. Infrastrukturprojekte mit Partner:innen im Projektland finanzieren. Im Jahr 2020 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von hauptamtlichen Mitarbeiter:innen begründet.

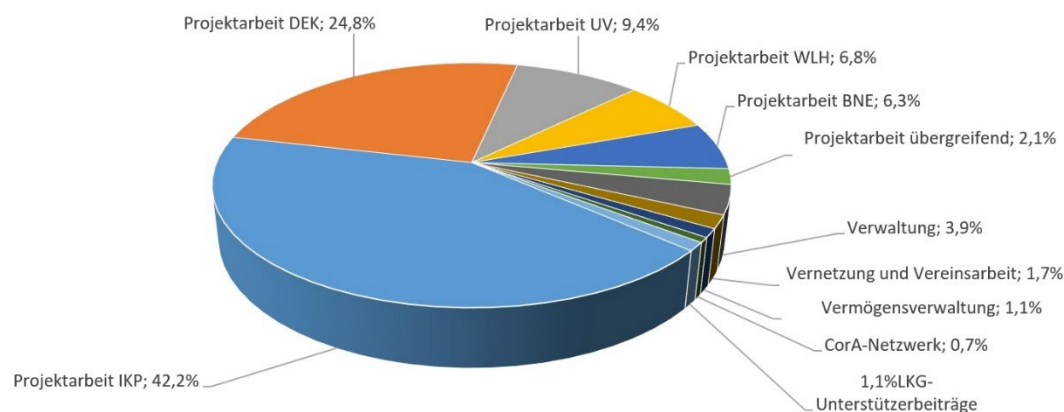


Abb. E2: Verwendung der Einnahmen

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2020 weist einen Überschuss in Höhe von 166.553,13 Euro auf (Vorjahr 67.647,62 Euro). Damit können wir den eingangs beschriebenen, erforderlichen Liquiditätspuffer in einer an die gewachsene Größe der Organisation erforderlichen Höhe sicherstellen und die o.g. wichtigen Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die Mitarbeiter:innen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2020 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit

Germanwatch erstellt. Das Ergebnis sowie die Unterlagen 2020 wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählten Kassenprüferinnen Ute Zander und Katrin Enting-Pauw am 18.06.2021 im Bonner Büro geprüft und führte erneut zu keinen Beanstandungen. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2019 über Körperschaftssteuer vom 15.12.2020 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tabelle E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2020 und Vergleich zu 2019 (Ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb)

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)	2019	2020
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	91.855,14 €	99.615,36 €
2a. Spenden allgemein	204.439,76 €	231.975,05 €
2b. Spenden projektbezogen	467.788,74 €	509.889,90 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	4.081.105,35 €	4.429.358,33 €
5a. Einnahmen CorA-Netzwerk	34.540,00 €	48.523,75 €
5b. Einnahmen LKG Unterstützerbeiträge (Initiative Lieferkettengesetz)	43.200,06 €	43.227,90 €
6. Sonstige Einnahmen	22.014,11 €	7.340,27 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	302.605,34 €	179.530,56 €
8. Einnahmen WGB	336.753,16 €	410.968,19 €
	5.594.301,66 €	5.970.429,31 €
 B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Miete und Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
9. Löhne und Gehälter	2.397.788,33 €	2.787.211,29 €
10. Soziale Abgaben	474.683,11 €	529.894,93 €
11. Fremdhonorare	460.340,37 €	543.883,52 €
12. Miete / Mietnebenkosten	135.907,62 €	149.110,81 €
13. Abgaben / Versicherungen	7.910,54 €	18.867,34 €
14. Beiträge	9.715,29 €	12.541,55 €
15. Reisekosten	186.135,53 €	30.163,70 €
16. Instandhaltungen und Kleingeräte	19.066,68 €	29.434,32 €
17. Abschreibungen	19.481,82 €	26.540,74 €
18. Porto	39.318,46 €	15.344,28 €
19. Telefon / Internet	11.126,04 €	17.231,53 €
20. Kopier- und Faxkosten	15.567,69 €	16.724,49 €
21. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	179.163,39 €	71.381,42 €
22. externe Projektarbeit ideell	845.156,50 €	849.570,72 €
23. CorA-Netzwerk	35.380,78 €	38.835,78 €
24. Bürobedarf	9.362,21 €	3.415,81 €
25. Bücher und Zeitschriften	5.829,32 €	14.094,57 €
26. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	29.645,24 €	27.938,80 €
27. Sonstiges	25.242,57 €	28.417,49 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	290.885,17 €	189.970,48 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	327.608,10 €	402.695,19 €
	5.525.314,76 €	5.803.268,76 €

	<u>2019</u>	<u>2020</u>
C. Laufendes Ergebnis	68.986,90 €	167.160,55 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
30. Zinseinnahmen	86,14 €	132,07 €
31. Miet- und Pachterträge	69.114,47 €	67.203,01 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	1.091,87 €	1.273,02 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	66.779,52 €	65.288,88 €
F. Ertragsteuerneutrale Posten	- 2.668,50 €	- 1.380,60 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	67.647,62 €	166.553,13 €

	<u>2019</u>	<u>2020</u>
Gesamtergebnis: Einnahmen		
Ideeller Bereich	4.954.943,16 €	5.379.930,56 €
Ertragsteuerneutrale Posten	- €	- €
Vermögensverwaltung	69.200,61 €	67.335,08 €
Zweckbetrieb	302.605,34 €	179.530,56 €
WGB	336.753,16 €	410.968,19 €
Summe	5.663.502,27 €	6.037.764,39 €

	<u>2019</u>	<u>2020</u>
Gesamtergebnis: Ausgaben		
Ideeller Bereich	4.906.821,49 €	5.210.603,09 €
Ertragsteuerneutrale Posten	2.668,50 €	1.380,60 €
Vermögensverwaltung	67.871,39 €	66.561,90 €
Zweckbetrieb	290.885,17 €	189.970,48 €
WGB	327.608,10 €	402.695,19 €
Summe	5.595.854,65 €	5.871.211,26 €
Ergebnis	67.647,62 €	166.553,13 €

Tabelle E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019

Zuschüsse privater Geber	<u>2019</u>	<u>2020</u>
European Climate Foundation (ECF)	243.179,80 €	353.450,35 €
Brot für die Welt - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung	251.944,11 €	247.672,41 €
Misereor	185.579,55 €	235.443,07 €
Stiftung Mercator	244.551,55 €	235.364,56 €
atmosfair	0,00 €	72.216,45 €
LKG-Initiative	0,00 €	43.227,90 €
Münchner Rück Stiftung	18.174,00 €	41.826,00 €
Avaaz Foundation	0,00 €	30.000,00 €
Stiftung Zukunftsfähigkeit	0,00 €	18.310,94 €
ECF über World Resources Institute	0,00 €	16.964,56 €
Postcode Lotterie DT	0,00 €	5.686,14 €
Humanity United Action (HUA)	0,00 €	4.387,42 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	9.500,00 €	0,00 €
Sonstige	4.965,79 €	4.000,00
	<hr/> 957.894,80 €	<hr/> 1.308.549,80 €

Davon wurden in 2020 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 524.650,95 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse öffentlicher Geber	<u>2019</u>	<u>2020</u>
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über Engagement Global (EG)	1.569.700,11 €	1.294.947,74 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz u. nukleare Sicherheit (BMU)	590.856,88 €	762.756,97 €
BMZ über CARE Deutschland	0,00 €	222.642,83 €
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	98.779 €	196.363,65 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	186.740,56 €	155.401,15 €
Bundeskanzleramt	81.978,97 €	94.885,54 €
BMZ über Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	0,00 €	67.504,12 €
BMU über Humboldt-Viadrina Governance Platform	271.293,40 €	64.645,66 €
BMU über Umweltbundesamt (UBA)	109.677,36 €	62.600,56 €
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)	0,00 €	60.541,18 €
BMZ/Engagement Global/Land Berlin über Stiftung Nord-Süd-Brücken	52.100,00 €	53.250,00 €
BMZ/ Engagement Global/ Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	51.000,00 €	51.000,00 €
Europäische Kommission über Climate Action Network Europe	6.708,19 €	46.110,39 €
UBA/BMU über INKOTA-netzwerk	13.728,00 €	18.836,91 €
BMU/ GIZ über Wuppertal Institut	0,00 €	9.635,40 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	33.360,43 €	0,00 €
International Development Research Centre über Universität of KwaZulu-Natal	7.151,39 €	0,00 €
Sonstige	50.136,26 €	2.904,33 €
	<hr/> 3.123.210,55 €	<hr/> 3.164.026,43 €

Davon wurden in 2020 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 213.485,07 einkommensneutral behandelt.

Tabelle E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019

Zweckbetrieb	<u>2019</u>	<u>2020</u>
Atmosfair	78.750,00 €	56.700,00 €
NN Insurance Eurasia N.V.	0,00 €	25.000,00 €
Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion	0,00 €	24.807,83 €
Lightcycle	40.700,00 €	20.150,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	28.560,00 €	17.000,00 €
MSCI Inc.	15.753,08 €	15.000,00 €
F20 Stiftungsplattform über Umweltstiftung Michael Otto	14.018,69 €	14.285,71 €
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW	36.505,48 €	0,00 €
Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Jordanien	13.750,00 €	0,00 €
Institutional Shareholder Services (ISS) Inc.	27.000,00 €	0,00 €
Sonstige Einnahmen	47.568,09 €	6.587,02 €
	<u>302.605,34 €</u>	<u>179.530,56 €</u>

Davon wurden in 2020 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 0,00 Euro einkommensneutral behandelt.

Tabelle E.2c. Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	<u>2019</u>	<u>2020</u>
Empowered UG	188.208,46 €	172.103,65 €
Casa Alliance	145.179,66 €	185.375,72 €
Frankfurt School of Finance and Management	0,00 €	19.388,79 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	0,00 €	17.285,00 €
Sonstige Einnahmen	3.365,04 €	16.815,03 €
	<u>336.753,16 €</u>	<u>410.968,19 €</u>

Davon wurden in 2020 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 55.897,19 Euro einkommensneutral behandelt.

Tabelle E.3: Bilanz 31.12.2020 und Vergleich zum 31.12.2019

<u>AKTIVA</u>		<u>2019</u>	<u>2020</u>
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	154,00 €	2,50 €
	2. Büroeinrichtung	752,00 €	10.888,00 €
	3. Computeranlagen	4.939,25 €	8.236,25 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke	14.587,00 €	11.070,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung	1.036,00 €	7.264,50 €
	6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
	7. Geleistete Anzahlungen	- €	3.962,70 €
		21.468,25 €	41.421,45 €
B.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Sonstige Ausleihungen	40.852,28 €	40.852,69 €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	238.927,69 €	579.832,70 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	167.127,65 €	203.345,85 €
	3. Flüssige Mittel	1.241.257,69 €	1.401.694,80 €
		1.647.313,03 €	2.184.873,35 €
D.	<u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	7.966,50 €	- €
	<u>Summe Besitzposten</u>	1.717.600,06 €	2.267.149,99 €
<u>PASSIVA</u>		<u>2019</u>	<u>2020</u>
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	768.862,70 €	935.415,83 €
	b) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	150.963,79 €	150.963,79 €
		919.826,49 €	1.086.379,62 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	- €	- €
	Sonstige Rückstellungen	10.000,00 €	10.000,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	296.896,49 €	77.339,82 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	85.580,96 €	50.835,72 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	398.583,86 €	1.035.882,57 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	1.717.600,06 €	2.267.149,99 €
<u>Vermögen des Vereins</u>		<u>2019</u>	<u>2020</u>
	Vermögen des Vereins 2019	852.178,87 €	919.826,49 €
	Jahresüberschuss 2020	67.647,62 €	166.553,13 €
	Vermögen des Vereins 2020	919.826,49 €	1.086.379,62 €

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.germanwatch.org
oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D- 53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D- 10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.